Jahresbericht

2023
2024













Stiftung SPI
Sozialpädagogisches
Institut Berlin »Walter May«

IMPRESSUM

Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.

Seestraße 67, 13347 Berlin
Telefon: 030 4597930
Fax: 030 45979366

info@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de

Rechtsverbindliche Vertretung der Stiftung SPI
Annette Berg
Vorstandsvorsitzende
Direktorin
Alleinvertretungsberechtigt

Gestaltung und Satz: united communications GmbH, www.united.de

Druck: Das Druckteam BerlinInhalt

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C118112

INHALT

IMPRESSUM 02

EDITORIAL 04

IM FOKUS – DEMOKRATIEFÖRDERUNG 06
Gemeinsam demokratisches Miteinander entwickeln und schützen 06
Partnerschaften für Demokratie: Zivilgesellschaft vor Ort stärken 07
Die Partnerschaft für Demokratie Hoher Fläming 09
Demokratie schützen, beleben und ermöglichen 11

LEBENSLAGEN, VIELFALT & STADTENTWICKLUNG 13
Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien – gut aufgestellt im Berliner Bezirk Mitte 13
Musikalische Selbstentfaltung im Werk9 14
MÄDEA: Empowerment für Mädchen und junge FLINTA 15
Räume für Eltern und Kinder: Das Familienzentrum am Nauener Platz 16
Zuhause auf Zeit: „Jugendwohnen Urban“ für minderjährige unbegleitete Geflüchtete 17

IM FOKUS – KINDERSCHUTZ 19
Neue Konzepte für eine systematische Planung und Kontrolle des kommunalen Kinderschutzes 19
Die Feuerwehr als Vorbild für den Kinderschutz 23
Schule als sicherer Ort für alle – Eine aktuelle Arbeitshilfe für den Kinderschutz 24

STRATEGIEN SOZIALER INTEGRATION 25
Servicestelle zur bundesweiten Koordination von Gewaltschutz für Geflüchtete 25
KoKoMa stärkt Kompetenzen vor Ort: Die Qualifizierung zum/zur Kommunalen Konfliktmanager:in 26
SPI-Lounge – Das digitale Austausch-Format der Stiftung SPI 28

FACHSCHULEN, QUALIFIZIERUNG & PROFESSIONALISIERUNG 29
Neue Wege für Erzieher:innen durch Kooperationsmodell zwischen Ausbildungspraxis und Wissenschaft 29
Die Vertrauensdozierenden unterstützen in allen schulischen Fragen 31
Die Schulsozialarbeit an der Pflegeschule der Stiftung SPI 33

NIEDERLASSUNG BRANDENBURG 34
Von der internationalen Jugendarbeit zum Modellprojekt „Internationalisierung sozialer Träger“ 34
Perspektiven trotz Schulverweigerung: Die Lernwerkstätten der Stiftung SPI 36
DivAirCity: Spielerische Beteiligung und Umweltbildung in Potsdam 39

GESUNDHEIT, WOHNEN & BESCHÄFTIGUNG 41
30 Jahre Erfahrung in der Unterstützung bei Suchtproblemen: Die Suchtberatung STAB in Pankow 41
BEW Lichtenberg: Spezielle Unterstützung für suchtbelastete Eltern und deren Kinder 43
Haus Strohhalm – Ein Raum für wohnungslose Menschen 45

Stiftungszweck 48
Gremien und Leitung 48
Partnerschaften und Mitgliedschaften 49
Publikationen der Stiftung SPI 49
Organigramm 50



Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem Jahresbericht möchten wir Ihnen ausgewählte Themen und Vorhaben der Stiftung SPI aus den Jahren 2023 und 2024 vorstellen. Mit der Europawahl sowie mehreren Landtags- und Kommunalwahlen ist das Jahr 2024 ein Superwahljahr. Das weitere Erstarken der politischen Ränder sehen wir in diesen Tagen mit Besorgnis. Es ist in dieser Zeit umso wichtiger, dass wir die Achtung der Menschenrechte sowie Werte wie Solidarität, Toleranz, Gleichheit und Gerechtigkeit betonen und einfordern.

„Wir stehen für Vielfalt und Zusammenhalt" – mit diesem Kampagnen-Motto bringen wir unsere Haltung nach innen und außen zum Ausdruck. In diesem Sinne hat sich die Stiftung SPI im Januar 2024 an dem Demokratiebündnis „Hand in Hand" beteiligt, das mit zivilgesellschaftlichen Demonstrationen unter dem Titel #WirSindDieBrandmauer deutliche Zeichen für eine offene, demokratische, plurale und solidarische Gesellschaft gesetzt hat.

Im Juni 2024 konnten wir den Kolleginnen und Kollegen aller Geschäftsbereiche die gut besuchte Fortbildungsveranstaltung „Argumente gegen Stammtischparolen" von und mit Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer anbieten. Mit einer internen SPI-Lounge zum Them Demokratieförderung haben wir zudem den Diskurs innerhalb der Stiftung SPI eröffnet und eine übergreifende Verständigung zum Umgang mit Populismus und Demokratiefeindlichkeit angeregt. Mehr zum Format der SPI-Lounge erfahren Sie auf Seite 28. Zudem stellte die Institutsleitung Mittel für Vorhaben in den Geschäftsbereichen zur Stärkung von Diskursfähigkeit und Demokratieförderung bereit. Mithilfe dieser finanziellen Unterstützung konnte unter anderem die Kampagne „Haltung zeigen" unterstützt werden, die auf Initiative der Kolleginnen und Kollegen in Potsdam realisiert worden ist und pünktlich zur Kommunalwahl in Brandenburg veröffentlicht wurde.

Die Förderung demokratischen Denkens und Handelns ist für viele unserer Projekte und Bereiche im Kontext der politischen Bildung von großer Bedeutung. Mit unserem Fokusthema möchten wir darüber hinaus einige Projekte vorstellen, die das demokratische Miteinander aktiv fördern und voranbringen (S. 6).

Um demokratische Diskurse an der Basis zu stärken, sind professionelle Moderation und Prozessbegleitung häufig zielführend. Dies zeigt der Beitrag der Projektleiterin des Mobilen Beratungsteams Ann-Sofie Susen (S. 11). Gleiches gilt für viele Konflikte auf kommunaler Ebene, die mit wachsender Unversöhnlichkeit geführt werden und letztlich das friedliche, demokratische Zusammenleben in Vielfalt bedrohen können. Hierzu hat das Kommunale Konfliktmanagement (KoKoMa) ein Schulungsangebot entwickelt, mit dem sich Vertreter:innen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als Kommunale Konfliktmanager:innen weiterqualifizieren können und damit komplexe Konfliktsituationen vor Ort moderieren und lösen lernen (S. 26).

Einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von kulturellem Verständnis und Toleranz leisten internationale Austauschprogramme im Kinder- und Jugendbereich, die junge Menschen auf eine globalisierte Welt vorbereiten. Internationale Jugendarbeit genießt daher in der Stiftung SPI einen hohen Stellenwert, was der Förderung der Völkerverständigung und damit einem unserer Satzungszwecke entspricht. Stellvertretend stellen wir in diesem Bericht die Brandenburger Jugendkulturtage vor, bei denen seit 1995 Jugendliche aus verschiedenen europäischen Staaten zusammenkommen (S. 34), sowie auch den internationalen Austausch mit der japanischen Hauptstadt Tokio im Werk9 in Berlin-Mitte (S. 14).

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Berichts ist der Kinderschutz. Dieses Querschnittsthema beschäftigt uns nicht nur als Trägerin sozialer Einrichtungen und in unserer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Mit dem Konzept des Kinderschutzenzwicklungsplans haben wir gemeinsam mit der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe einen neuen Ansatz zum systematischen Kinderschutz in den Kommunen entwickelt, der derzeit in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen implementiert wird (S. 19).

Kooperationen wie diese zeigen, dass die Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten unsere fachlichen Sichtweisen ergänzen und Perspektiven erweitern kann. In diesem Sinne unterstützen uns seit November 2023 die ehrenamtlichen Mitglieder unseres fachlichen Beirats. Das neu gegründete Gremium berät den Vorstand in organisatorischen, fachlichen und finanziellen Fragen. Die Beiratsmitglieder bringen dabei ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen der Politik, Gesellschaft sowie Wissenschaft und Forschung der sozialen Arbeit ein. Ich freue mich sehr über die große Bereitschaft, uns in der strategischen Weiterentwicklung der Stiftung SPI zu beraten und zu unterstützen.

Neben den engagierten Mitgliedern unserer Gremien möchte ich mich an dieser Stelle vor allem herzlich bei all unseren Partnerinnen und Partnern beim Bund, auf Landesebene und in den Kommunen bedanken. Ein besonderer Dank gilt nicht zuletzt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung SPI für ihren Einsatz, ihr Engagement und ihren Ideenreichtum. Wir freuen uns auf die weitere gemeinsame Arbeit und wünschen eine anregende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen



Annette Berg
Vorstandsvorsitzende und Direktorin

Gemeinsam demokratisches Miteinander entwickeln und schützen

Wie lässt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft festigen? Wie können demokratische Strukturen der Zivilgesellschaft gestärkt, Konflikte moderiert und das Verständnis für ein gutes Miteinander in einer demokratischen Kultur gefördert werden? Diesen Fragen stellt sich die Stiftung SPI aus ihrem demokratischen Selbstverständnis heraus. Tatsächlich zieht sich die Förderung der Demokratie wie ein roter Faden durch die vielfältigen Aktivitäten und Angebote der Stiftungsarbeit. Soziale Arbeit und die Bildung zur Demokratie gehören nach diesem Selbstverständnis eng zusammen.

Besonders deutlich wird das Engagement bei einer Reihe von Projekten zur Demokratieentwicklung, zur Förderung von Vielfalt sowie zur Prävention und Bekämpfung von gruppenbezogener Menschlichkeit. Dazu zählen etwa die U16-/U18-Wahlen, die die Stiftung SPI in Berlin und Brandenburg organisiert, das Projekt F.A.N. Berlin-Brandenburg – Für Demokratie, Recht und Freiheit oder die Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin-Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf. Gerade im lokalen Umfeld, also in den Kiezen und Kommunen, gibt es bundesweit großen Bedarf an Förderung und Beratung. Ein Fokus der Stiftung SPI liegt dabei auf der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten. Hier sind vor allem KoKoMa, das Kommunale Konfliktmanagement aktiv (S. 26) sowie das Mobile Beratungsteam MBT, dessen Projektleiterin Ann-Sofie Susen in ihrem Beitrag „Demokratie schützen, beleben und ermöglichen“ (S. 11) über die Notwendigkeit von Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit spricht. Gewissermaßen an den lokalen Wurzeln demokratischer Prozesse arbeiten die Partnerschaften für Demokratie, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert werden. Die Arbeit der Berliner Partnerschaften für Demokratie in Trägerschaft der Stiftung SPI stellen wir im Folgenden vor.



Partnerschaften für Demokratie: Zivilgesellschaft vor Ort stärken

Als regionale und lokale Bündnisse bringen die Partnerschaften für Demokratie Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammen, um gemeinsam Strategien zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens zu entwickeln. Die externen Koordinierungs- und Fachstellen dieser Partnerschaften strukturieren diese Arbeit, begleiten Innovationsprozesse, beraten fachlich und unterstützen die Vernetzung im Themenfeld. Ganz allgemein setzen sich die Partnerschaften für Demokratie für eine vielfältige Kultur des Zusammenlebens ein, stärken das Engagement gegen demokratie- und menschenfeindliche Phänomene wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und erproben innovative Beteiligungsansätze zur Bearbeitung lokaler Problemlagen. Durch die Vernetzung lokaler Akteurinnen und Akteure und die Entwicklung neuer Projekte werden konkrete Maßnahmen ermöglicht. Hierfür werden Fördergelder vergeben und Interessierte bei der Antragstellung beraten. Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Projektförderung tragen maßgeblich dazu bei, das demokratische Engagement vor Ort zu stärken und die Zivilgesellschaft gegen demokratie- und rechtstaatsfeindliche Phänomene zu sensibilisieren.

Partnerschaften für Demokratie in drei Berliner Bezirken

In Berlin betreut die Stiftung SPI die Koordinierungs- und Fachstellen in den drei Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Marzahn-Hellersdorf und Spandau. Hinzu kommt die Partnerschaft für Demokratie Hoher Fläming in Brandenburg. Die Arbeit vor Ort passt sich dabei an die spezifischen lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse an.

In Charlottenburg-Wilmersdorf haben sich die zwei Partnerschaften für Demokratie zum „Demokratiebüro Charlottenburg-Wilmersdorf“ zusammengeschlossen. Das Demokratiebüro engagiert sich besonders gegen Antisemitismus und Rassismus. Der Bezirk ist seit jeher geprägt



Beim Runden Tisch zu Rassismus in Charlottenburg-Wilmersdorf spricht Dr. Elisabeth Kaneza (KANEZA FOUNDATION) über institutionellen Rassismus.

durch jüdisches Leben, es befinden sich dort mehrere Synagogen und jüdische Gemeindehäuser. Jüdische Menschen und ihre Einrichtungen werden immer wieder zum Ziel von Angriffen. So wurde im August 2023 ein Brandanschlag auf eine Bücherbox am Holocaust-Mahnmal „Gleis 17“ im Grunewald verübt, wo an die Deportation jüdischer Berliner:innen erinnert wird.

Diese lokalen Problemlagen werden in der Projektförderung und -beratung besonders berücksichtigt. Das Demokratiebüro unterstützte ein Benefizkonzert für den Wiederaufbau der niedergebrannten Bücherbox am „Gleis 17“ am 2. November 2023 in der Friedenskirche Charlottenburg. Darüber hinaus organisiert das Demokratiebüro zusammen mit dem Initiativkreis Charlottenburg-Wilmersdorf vor Ort die Internationalen Wochen gegen Rassismus. In diesem Rahmen werden jährlich rund 40 Veranstaltungen realisiert, die sich mit Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen.

Ein regelmäßiger Beitrag für mehr Beteiligung ist die jährliche Kinder- und Jugenddemokratiekonferenz, die das Demokratiebüro gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern realisiert. Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Bezirk entwickeln dort gemeinsam Ideen für ihr Schulumfeld und setzen sie um. Im Jahr 2023 wurden so etwa eine temporäre Spielstraße in Halensee, ein Kinderfest in Charlottenburg und eine Natur-AG im Westend verwirklicht.

„Spandauer Kinder und Jugendliche sind Teil einer lebendigen, vielfältigen und demokratischen Zivilgesellschaft“, so lautet das Leitziel der Partnerschaften für Demokratie Spandau. Schwerpunkte sind dort eine starke Kinder- und Jugendbeteiligung und das Engagement gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Über die Projektförderung werden jährlich verschiedene Angebote für Kinder







und Jugendliche sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bezirk geschaffen. Qualifizierungs- und Vernetzungsformate stärken und erweitern bezirkliche Strukturen im Themenfeld.

Ein jährlicher Höhepunkt ist das zweitägige Demokratiefestival in der Altstadt Spandau. Zudem bietet das Jugendforum eine Plattform für den Austausch zwischen Jugendlichen und Verantwortungsträgerinnen und -trägern aus Politik und Verwaltung.

Durch die enge Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern in der Bezirksverwaltung sowie der engagierten Zivilgesellschaft und Trägerlandschaft, wie der Stabsstelle Integration, der Jugendförderung und der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, entfalten die Partnerschaften für Demokratie Spandau eine gesamtbezirkliche Wirkung.

Die Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf sind seit Beginn des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Bezirk aktiv und richten sich primär an Kinder und junge Menschen. Der Bezirk ist geprägt durch eine große Heterogenität in der Sozial- und Bevölkerungsstruktur und sieht sich Herausforderungen wie sozialer Deprivation und einer vernetzten neonazistischen Szene gegenüber. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fördern die Partnerschaften vielfältige und zielgruppengerechte Projekte und Aktionen wie Straßenfeste und Weiterbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Ein Leuchtturmprojekt ist das jährliche Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“, bei dem eine wachsende Zahl von Menschen immer wieder sichtbare Zeichen für Vielfalt und Toleranz setzt.

Mit ihrer umfangreichen Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Projektförderung leisten die Partnerschaften für Demokratie wichtige Beiträge zum gesellschaftlichen Dialog, zur Stärkung demokratischer Strukturen und Haltungen sowie zum friedlichen Miteinander in den Bezirken – jeweils passgenau für die Bedarfslagen vor Ort.

■ Bild oben: Neben Workshops und Diskussionen gehört auch Livemusik zum Demokratiefestival Spandau dazu.

■ Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ auf dem Alice-Salomon-Platz in Hellersdorf.

■ Demokratiekonferenz Marzahn mit der Autorin Anke Stelling.

Die Partnerschaft für Demokratie Hoher Fläming

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen hat im Land Brandenburg eigene Voraussetzungen. Die „Partnerschaft für Demokratie Hoher Fläming“ wird ebenfalls in Trägerschaft der Stiftung SPI umgesetzt und umfasst einen Verband aus den Kommunen Bad Belzig, Brück, Niemegk, Treuenbrietzen und Wiesenburg/Mark sowie des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Über die Arbeit vor Ort berichtet Projektleiter Florian Görner im Interview.



■ Der Projektleiter der Partnerschaft für Demokratie Hoher Fläming, Florian Görner.

Ihr seid als „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig für die Förderung von Demokratie und die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Was sind für euch vor Ort die wichtigsten Anknüpfungspunkte und Aufgaben?

Florian Görner: Wir fördern viele Einzelprojekte zu unseren Themen, die von Vereinen, Initiativen oder Einzelpersonen beantragt werden. Das können Veranstaltungen, Fortbildungen, Feste oder Kampagnen sein. Wir organisieren jährlich das „Fest der Vielfalt“ in Bad Belzig, wo verschiedene Einrichtungen und Träger eigene Angebote machen. Dabei beteiligen sich auch Geflüchtete aus der Region, die etwa eine Ausstellung oder selbstgekochtes Essen aus ihren Heimatländern anbieten. Begegnungsprojekte sind für uns eine wichtige Baustelle. In unserer Region leben viele Geflüchtete aus Syrien, der Ukraine, Afghanistan oder Eritrea, die eine Teilhabe und Begegnungen mit der lokalen Bevölkerung brauchen. Dann bieten wir Formate an Schulen an, zum Beispiel Projektwochen, wo sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Oder unsere Partner entwickeln gemeinsam mit Jugendlichen oder auch erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern Theaterstücke, bei denen es um Vorurteile und Diskussionskultur geht, aber auch um Mobbing und Gewaltprävention.

Ein vielfältiges Angebot, das zeigt auch, dass der Bedarf hoch ist?

Der Bedarf ist groß, wir verfügen jährlich über 177.000 Euro Fördermittel, die kriegen wir auch unter die Leute. Der Bedarf übersteigt sogar unsere finanziellen Möglichkeiten. 2023 haben wir 24 Projekte fördern können, wovon viele aber auch Unterprojekte haben, Veranstaltungen und anderes. Hinzu kommt der Jugendfonds, mit dem wir im vergangenen Jahr 18 verschiedene Projekte unterstützt haben. Wenn ich alle Beteiligungen zusammenrechne, komme ich auf über 60. Da sind dann auch kleinere Sachen dabei, etwa eine Sitzgarnitur zum „Sternmarsch für Inklusion“ oder eine Hüpfburg beim Willkommensfest für die Ukrainer, für so etwas muss aber kein Antrag gestellt werden.

Wer entscheidet denn über die Zuwendungen?

Dafür gibt es den Begleitausschuss, der besteht aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, Vereinsvertreter:innen, der Leiterin eines Familienzentrums und anderen Aktiven. Wir sind ein kommunaler Verband. Aus jeder Kommune kommen jeweils drei Leute, zwei aus der Zivilgesellschaft und eine Person aus der Verwaltung, auch jemand vom Landkreis. Insgesamt sind wir 16 Menschen im Ausschuss, die viermal jährlich über Projektanträge entscheiden. Da ist wirklich Musik drin, da wird nichts einfach abgenickt, sondern genau geprüft und diskutiert.

Was waren eure Schwerpunkte 2023?

Im vergangenen Jahr war für uns Bürgerbeteiligung sehr wichtig, wir nennen es „Demokratische Praxen“. Da kommen Menschen zusammen und bringen ihre eigenen Ideen und Vorstellungen für die Kommunen ein, wie sich ihr Ort entwickeln soll. Wo sind die Probleme, wo sind die Lösungswege? Das ist von unten selbst organisiert und nicht das gleiche, wie die Bürgerbeteiligung, wie sie von den Kommunen organisiert wird. Aber die kommunalen Vertreter hören zu und setzen auch einiges um. Darüber hinaus ist Jugendbeteiligung ein wichtiges Feld. Junge Menschen können bei unserem Förderprogramm „Du hast den Hut auf“ Mittel für Einzelprojekte beantragen. Typisch sind hier Sanierungen von Jugendclubs, aber auch Trainingslager oder Konzerte, bis hin zu neuen Basketballkörben auf dem Bolzplatz. Wichtig ist, dass die Wünsche und Ideen wirklich von den Kindern und Jugendlichen selbst kommen. Das stellen wir sicher, indem wir direkt nachfragen. Über die Mittelvergabe wird von den Jugendlichen direkt demokratisch abgestimmt. Dazu haben wir extra ein Online-Tool entwickelt, was sichere Abstimmungen ermöglicht. Alle Jugendlichen im Hohen Fläming sind zur Online-Abstimmung aufgerufen und mittlerweile nehmen regelmäßig einige Tausend Jugendliche teil.

Wer sind denn vor Ort eure wichtigsten Partner?

Da sind zuerst mal die großen Träger wie die AWO oder die Diakonie mit ihren Einrichtungen. Immer wieder aktiv werden bei uns die Fördervereine, etwa von Schulen oder den Freiwilligen Feuerwehren. Und nicht zuletzt sind die Kommunen wichtig, als Netzwerk- und Ansprechpartner. Sie dürfen selbst keine Anträge stellen, weshalb der Erfahrungsaustausch sehr wichtig ist.

Wie würdest du insgesamt das Klima beschreiben, wenn ihr raus geht und aktiv seid – müsst ihr euch vielen kritischen Diskussionen stellen?



© fanny18 / photocase.de

Ich habe sowas schon erlebt, aber das ist kein Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen in Sachsen oder Thüringen, die kommen in ganz andere Situationen. Es gibt Einzelpersonen aus demokratieskeptischen Milieus, die wissen wollen, was wir mit unserer Zeit und unseren Mitteln eigentlich so machen und was das bringen soll. Deren Fragen beantworte ich dann auch. Auf der Straße gibt es manchmal einen dummen Spruch, aber dann gibt es halt auch einen dummen Spruch zurück. Es ist bei uns noch nicht so weit, dass wir als PfD massiven Anfeindungen ausgesetzt sind. Das betrifft eher die Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern oder in der Lausitz. Trotzdem: Es gab immer schon Alltagsrassismus und Demokratieverdrossenheit, aber in den vergangenen Jahren hat das ganz klar zugenommen. Seit 2015 sind mehr Flüchtlinge in der Region sichtbar, dadurch sind Rassismus und Ablehnung gestiegen. Corona war ein starker Katalysator für Verschwörungserzählungen und die Diskreditierung von Politik sowie Wissenschaft, und auch von Europa. Ich glaube aber auch, dass unsere jahrelange Arbeit viel bewirkt hat. Im Vergleich zu anderen Landkreisen in Brandenburg ohne PfD ist es nicht ganz so schlimm.

Demokratie schützen, beleben und ermöglichen



Von Ann-Sofie Susen, Projektleiterin des Mobilen Beratungsteams Berlin

Woran denken wir eigentlich, wenn wir von Demokratie sprechen?

Die meisten sicherlich an Wahlen und an das Parlament, an Gewaltenteilung, Mehrheiten und Minderheiten, aber auch an öffentliche Demonstrationen und freie Meinungsäußerung. Doch in jüngster Zeit sind häufiger Schlagzeilen zu lesen wie „Demokratie unter Druck“. Dabei geht es oft um anstehende Wahlen und ihre möglichen Ergebnisse, um das Ausreizen parlamentarischer Spielregeln im Umgang mit rechtsautoritären Parteien oder um Konflikte, die Teile der Medien und Bevölkerung stark polarisieren. Nicht ohne Grund wird dabei befürchtet, dass die Demokratie auf Dauer Schaden nehmen könnte.

Doch nicht nur im Großen steht Demokratie unter Druck. Dass auch im Kleinen das gesellschaftliche Miteinander häufiger ins Dilemma gerät, stellen wir in unserer Projektarbeit häufiger fest. Hierzu einige Beispiele aus der Praxis:

- Eine Projektverantwortliche befürchtet, dass ihr Team bei einem geplanten Infostand bei einem Stadtteilfest in Auseinandersetzungen mit aufgebrachten Besucherinnen und Besuchern verwickelt werden könnte, die dem Vorhaben kritisch gegenüberstehen. Sie steht deshalb kurz davor, die Teilnahme ganz abzusagen.

- Für eine Dialogrunde über eine geplante Flüchtlingsunterkunft sieht sich ein Integrationsbeauftragter wegen der aufgeheizten Stimmung gezwungen, die Zahl der Teilnehmer:innen eng zu begrenzen. Viele Interessierte müssten draußen bleiben, die Wirkung des geplanten Dialogs droht damit zu verpuffen.

- Kurz vor Wahlen plant ein Gymnasium, alle im Parlament vertretenen Parteien zu einer schulinternen Diskussionsrunde einzuladen. Die Schüler:innenvertretung protestiert daraufhin gegen die Teilnahme einer aus ihrer Sicht rechtsextremen Partei. Die Schulleiterin sagt die Diskussionsrunde schließlich ersatzlos ab.

- In einer Gemeinschaftsschule meldet sich eine Schülerin für ein Referat über den Nahostkonflikt. Sie möchte der Klasse beweisen, dass die Hamas keine terroristische Organisation ist. Der Lehrer weist ihren Vorschlag ab.

- Die Mitarbeitenden eines sozialen Trägers machen sich Sorgen, welchen Einfluss die Ergebnisse der kommenden Landtagswahlen auf ihre Einrichtung und die Ausrichtung ihrer Arbeit haben könnten. Sie sind unsicher, ob sie ihre Besorgnis schon vor den Wahlen öffentlich zum Ausdruck bringen sollen.

Weitere aktuelle Beispiele dieser Art ließen sich anführen. Sie zeigen, dass Demokratie dort an ihre Grenzen stößt, wo ein freier Austausch von Argumenten und Meinungen nicht mehr ohne weiteres möglich scheint. Wie umgehen mit Demokratiefeinden, die die Freiheit der Meinung für ihre Zwecke instrumentalisieren? Was tun, wenn Themen und Konflikte polarisieren? Wie gelingt Kommunikation in emotionalisierten Situationen? Wie viel Moderation benötigen wir dort, wo wir es vielleicht nicht vermuten würden? Wie allparteilich können wir noch zusammenarbeiten? Und was tun, wenn antidemokratische Akteure die Mehrheit für sich gewinnen?

Unsere Erfahrung zeigt, dass viele Menschen von Polarisierung verunsichert sind, auf Konflikte eher defensiv reagieren und teilweise Angst vor Auseinandersetzungen haben. Problematisch werden diese Tendenzen, wenn nur noch taktisch manövriert wird oder aus Vermeidungsstrategien ein vollständiger Rückzug wird. Den Betroffenen mangelt es dabei nicht an demokratischer Haltung, sie fühlen sich aber vielfach überfordert und verunsichert. Hierdurch steigt der Bedarf an gesellschaftlicher Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit, dem mit entsprechenden Angeboten begegnet werden muss.

Bei der Stiftung SPI lässt sich mittlerweile eine Vielzahl von regionalen und überregionalen Projekten unter dem Begriff „Demokratieförderung“ zusammenfassen. Neben dem Mobilen Beratungsteam in Berlin gibt es weitere Projekte zur Implementierung kommunalen Konfliktmanagements, verschiedene Modellprojekte sowie mehrere Partnerschaften für Demokratie und Registerstellen. Wir beraten Kommunen, Organisationen, Einrichtungen sowie einzelne Teams und Engagierte zum Umgang mit Diskriminierung, zur Gestaltung von Diversität und zu demokratischer Dialogführung. Unsere Partner werden sensibilisiert für antidemokratische Tendenzen und Vorurteilsstrukturen, etwa in Workshops zu Verschwörungsnarrativen, Radikalisierungsprozessen und Extremismus. Erfahrene Moderatorinnen und Moderatoren steuern konfliktbesetzte Dialogformate, Kommunen werden bei der Implementierung von Konfliktmanagement begleitet. Andere Projekte unterstützen lokale demokratische Initiativen und Projektideen mit kleinen, aber unkompliziert zu beantragenden Fördersummen.

So konnten auch bei den oben geschilderten Beispielen die Beteiligten durch Beratungen, Prozessbegleitungen und Moderationen unterstützt werden.

- Der Infostand am Stadtteilfest findet schließlich statt, nachdem sich die Mitarbeitenden gut auf die Situation vorbereitet haben. Sie haben für sich geklärt, welche Themen und Diskussionsangebote sie platzieren möchten und wo ihr Gesprächsangebot endet.

- Der Teilnehmendenkreis der Dialogrunde über eine geplante Flüchtlingsunterkunft wird zwar begrenzt, die Begründung jedoch transparent kommuniziert. Es werden weitere Dialogrunden in Aussicht gestellt.



- Die Schüler:innenvertretung der Schule erstellt ein Konzept zur Organisation der nächsten Diskussionsveranstaltung. Mit Zustimmung der Schulleitung sollen die Podiumsgäste das nächste Mal von den Schülerinnen und Schülern gewählt werden.

- Der Lehrer sucht noch einmal das Gespräch mit der Schülerin. Er fragt sie nach den Gründen für ihre Einschätzung und legt ihr seine, ebenfalls begründete Ansicht dar und warum er ihre Meinung nicht teilt. Sie tauschen sich angeregt aus, er versteht ihre persönlichen Motive und schlägt schließlich vor, ein externes Projekt zum Thema Nahost in den Unterricht einzuladen. Die Schülerin findet die Idee gut.

- Die Mitarbeitenden des Trägers verständigen sich darauf, verschiedene Projekte und Maßnahmen in ihrer Arbeit umzusetzen, die demokratische Kompetenzen stärken sollen. Außerdem schließt sich der Träger der Kampagne eines Trägerverbunds für mehr Demokratie und Vielfalt an.

- In allen Fällen haben die Akteure Wege und Lösungen für sich entwickeln können. Sie sind den Themen und damit verbundenen Konflikten nicht aus dem Weg gegangen und haben sich der demokratischen Auseinandersetzung gestellt.

Ein angemessener und wirkungsvoller Umgang mit antidemokratischen Tendenzen und Phänomenen bleibt dabei schwierig und muss immer wieder neu verhandelt und abgewogen werden. Bis zu welchem Punkt kann man noch diskutieren? Wann muss die rote Linie gezogen werden? Sollen Räume des Austauschs und der Begegnung besser geschlossen werden, um einem Missbrauch vorzubeugen? Ist Rückzug angesichts möglicher Eskalationen die beste Reaktion?

Auf diese und ähnliche Fragen wird es keine allgemeingültigen Antworten geben. Sie müssen immer wieder aufs Neue gestellt, diskutiert und entschieden werden. Es müssen Kompromisse angestrebt, Fehler und Rückschritte in Kauf genommen werden. Nicht für jedes Problem gibt es sofort Lösungen. Manche müssen sich entwickeln, zeichnen sich nur langsam ab, müssen erprobt, erweitert oder auch wieder verworfen werden. Mit Ambivalenzen müssen wir leben und umgehen lernen. Eine offene Gesellschaft ist manchmal schwer auszuhalten, aber sie hält auch viele Chancen und Möglichkeiten für uns bereit. Die Kompassnadel ist manchmal ungenau, mit Gegenwind ist immer zu rechnen. Aber die offene Gesellschaft ist nur mit einem offenen Visier zu gewinnen. Wir Demokraten und Demokratinnen sind in der Mehrheit. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien – gut aufgestellt im Berliner Bezirk Mitte

In Berlin-Mitte begann das Jahr 2024 für die Stiftung SPI und alle anderen Träger der freien Jugendhilfe im Bezirk mit einem Schockmoment: Für einige Wochen sah es so aus, als ob im Ringen zwischen dem Berliner Senat und dem Bezirk Mitte um die Sparvorgaben des Landeshaushalts ausgerechnet die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienförderung unter die Räder kommen würden. Wegen der prekären Finanzlage hatte der Bezirk Mitte Leistungsverträge mit den Trägern in den Leistungen des SGB VIII § 11 der Jugendarbeit, § 13.1 der Jugendsozialarbeit und § 16 der Familienförderung nur noch bis zum 30. April 2024 geschlossen. Der Zeitraum von Februar bis April war als Auslauffinanzierung der Angebote definiert worden. Damit waren im Bezirk insgesamt 53 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, 28 Einrichtungen der schul- und berufsbezogenen Jugendsozialarbeit und 14 Familienzentren akut von der Schließung bedroht. Begleitet von engagierten Protesten der Träger wie auch der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Familien konnte schließlich eine politische Einigung gefunden und die laufende Finanzierung der Angebote in Berlin-Mitte sichergestellt werden.



Bunter Protest: Das "Bündnis sozialer Kahlschlag" demonstriert gegen drohende Kürzungen.

Ohne eine Einigung in letzter Minute, zwischen Senat und Bezirk, hätten Immobilien und Arbeitsverträge kurzfristig gekündigt werden müssen. Die Beschäftigten mussten sich auf den Verlust ihrer Arbeitsstellen einstellen, an denen sie mit viel Engagement und Herzblut wirken. Auf dem Spiel stand mit einem Mal eine über viele Jahre aufgebaute bezirkliche Infrastruktur mit vielfältigen Kooperationen und Netzwerken. Vor allem und nicht zuletzt wären die Personen betroffen gewesen, die die Angebote im Bezirk gerne und regelmäßig wahrnehmen. Gerade benachteiligte Familien, Schüler:innen sowie Kinder und Jugendliche hätten wichtige Räume der Begegnung, verlässliche Ansprechpartner:innen und Angebote verloren, die zur Stabilisierung dieser Zielgruppen wesentlich beitragen.

Dabei sind die Leistungen und langfristigen Wirkungen der offenen Jugendarbeit erwiesen und oft beschrieben worden. Sie hat einen präventiven Effekt und begleitet Kinder und Jugendliche mit beständigen und regelmäßigen Angeboten durch wichtige Entwicklungsphasen, auch und gerade in persönlichen Krisenzeiten. Die Einrichtungen der Jugendarbeit sind erster Anlaufpunkt für Jugendliche, wenn sie Probleme haben. Gesundheitsfördernde Maßnahmen wie Sport oder der gesunde Umgang mit Lebensmitteln vermitteln wichtige Kompetenzen. Hinzu kommen zahlreiche außerschulische Bildungsangebote, die zu einer persönlichen Entwicklung beitragen, die sich in der Regel auch im späteren Erwerbsleben positiv auswirken. Investitionen in die offene Kinder- und Jugendarbeit sind nachhaltig angelegt und machen sich indirekt vielfach bezahlt.

Die Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit kommen damit letztendlich vor allem der Allgemeinheit zugute, die sie zuvor finanziell getragen hat. Um diese Beiträge näher darzustellen, wollen wir drei der insgesamt acht Einrichtungen der Stiftung SPI in Berlin-Mitte stellvertretend vorstellen.



Gemeinsam proben, gemeinsam auftreten: Bandprojekt im Werk9. © Peter Thom

Musikalische Selbstentfaltung im Werk9

Die Jugendarbeit im Werk9 an der Ecke Markgrafen- und Schützenstraße steht ganz im Zeichen von Musik und Kultur. Hier kommen junge Leute her, um Instrumente allein und gemeinsam mit anderen zu spielen. Das Werk bietet voll ausgestatte Proberäume, wo viel ausprobiert und geprobt werden kann. Manchmal haben sich die Bandformationen schon gegründet und die Rollen und Instrumente sind verteilt, bevor der erste Ton erklungen ist, sagt Projektleiter Norbert West. Andere kommen erstmal allein und nutzen die Chance, sich mit anderen Jugendlichen zu einer Combo zusammenzuschließen. Für die individuelle Weiterentwicklung in Gesang, Schlagzeug-, Gitarre- oder Bassspiel können im Rahmen des Musikschulangebots günstige Unterrichtsstunden genommen werden. Im hauseigenen Studio gibt es sogar die Möglichkeit, Aufnahmen unter professionellen Bedingungen zu machen. Hierher zieht es auch jugendliche Soundbastler, die an ihren Beats tüfteln wollen. Konzerte, Partys und andere Veranstaltungen können im zentralen Raum des Werks mit bis zu 200 Besucher:innen stattfinden.



Das Chorprojekt beim Konzert. © Peter Thom



Internationaler Austausch: Japanische und deutsche Jugendliche beim Besuch in Tokio.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Theater: Die Theatergruppe Querstreicher erarbeitet einmal pro Jahr ein großes Bühnenprojekt vom Skript bis zur Aufführung.

Ein Beitrag zur internationalen Verständigung ist der Austausch mit der Partnerstadt Tokio, durch den nach Corona wieder regelmäßig Jugendgruppen aus Japan und Deutschland die Chance erhalten, die jeweils andere Hauptstadt mit ihren Menschen und ihrer Kultur kennenzulernen.

Im Jahr 2024 kann das Werk9 bereits auf eine 30-jährige Geschichte zurückblicken: Im Sommer 1994 begannen junge Menschen, mit Unterstützung kulturbegeisterter Pädagoginnen und Pädagogen, die alte DDR-Mehrzweckgaststätte in ihr eigenes Kulturhaus zu verwandeln. Dazu mussten mehr als 70 Tonnen Schutt und Metall bewegt werden. Bei der Gestaltung der Räume entschieden sich die Macher:innen unter mehreren Entwürfen für die bis heute prägende Idee des Bergwerks: Die Wände sind einem Stollen nachempfunden, der scheinbar von rohen Balken und Bohlen gestützt wird. Und so sieht sich das Werk9 seither als eine Goldmine, in der nach künstlerischen Nuggets geschürft und ständig neue Stollen gegraben werden. Die Stiftung SPI ist seit 2003 Partnerin und seit 2010 Trägerin des Werk9.

MÄDEA: Empowerment für Mädchen und junge FLINTA

Das Zentrum MÄDEA arbeitet seit 1997 für und mit Mädchen und jungen FLINTA[1] im Stadtteil Gesundbrunnen. Bei MÄDEA bedeutet Empowerment, die Besucher:innen durch Gespräche, Erfahrungsaustausch, Workshops und Projekte zu stärken und mit ihnen gemeinsam ihre Wünsche und Vorstellungen sichtbar zu machen. Im Sinne der Offenen Jugendarbeit sind die Besucher:innen eingeladen, zu kommen und zu gehen, wann sie wollen. Bei MÄDEA finden sie einen Raum, in dem sie frei über ihre Themen sprechen können. Neben Alltagsthemen sind dies sind nicht zuletzt Erfahrungen mit Rassismus und Sexismus, Gewalterfahrungen und Cyber-Mobbing als auch die mangelnde Ausstattung der Schulen sowie hohe Barrieren auf dem Wohnungsmarkt, die junge FLINTA daran hindern, von Zuhause auszuziehen. Diese Themen werden nicht nur im geschützteren Raum miteinander besprochen, sondern auch an die Bezirkspolitik adressiert.

MÄDEA ist ein auch ein Ort, den die Besucherinnen nach eigenen Vorstellungen nutzen und mitgestalten können. Selbstbestimmung und Selbstermächtigung sind die prägenden Themen in den Jahren 2023 und 2024. Dazu entwickelten die Besucherinnen 2023 etwa das Theaterstück „La Fenice“, das aus der theaterpädagogischen Arbeit von Eylem Bozkaya entstand. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Selbstbestimmung bestärkte die Teilnehmer:innen und verlieh ihnen den Raum, ihre eigenen Prozesse auf der Bühne sichtbar zu machen. Bei „MÄDEAS Sextember“ steht bei Workshops, Lesungen und Filmabenden die sexuelle Bildung im Mittelpunkt. Besprochen wurden Themen wie Konsens, Beziehungen und Sexualität.

Aktuelle Informationen zur Arbeit von MÄDEA bietet der Instagram-Kanal @maedea_to_go





Selbstbestimmung in Bezug auf Kopfbedeckungen war Thema beim Projekt „Tragen: Was ich will, wie ich will“.

[1] FLINTA steht für „Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen“.



Räume für Eltern und Kinder: Das Familienzentrum am Nauener Platz

In der Küche des Familienzentrums am Nauener Platz ist schon am frühen Vormittag einiges los: Die Kochgruppe backt Gemüsewaffeln, rührt Honig-Senf-Dips und selbstgemachten Ketchup. Zu Besuch kommt an diesem Tag die Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Esther Uleer, um einen Einblick in das Angebot „Genussbotschafter:innen für Familien“ zu gewinnen, das die Sarah Wiener Stiftung gemeinsam mit Familienzentren in Berlin-Mitte und Marzahn-Hellersdorf anbietet. Das gemeinsame Kochen von gesunden Gerichten ist ein guter Weg, um Familien durch sozialpädagogische und ernährungswissenschaftliche Expertise nachhaltig zu unterstützen, wie die Leiterin des Familienzentrums am Nauener Platz, Manuela Naso, ihren Gästen erklärt.

Die Angebote des Familienzentrums richten sich vor allem an Familien mit kleinen Kindern und werdende Eltern. Es gibt Kurse für Schwangere, Krabbelgruppen, Elterncafés und viele weitere Angebote für Eltern und Kinder. Diese richten sich an alle Formen von Familien, unabhängig von der Herkunft, vom Bildungsstand oder der finanziellen Situation, mit einem Fokus auf Familien in schwierigen Lagen. So werden etwa Alleinerziehende mit kleinen Kindern darin unterstützt, den Alltag für sich und ihre Kinder in bestmöglicher Weise zu gestalten. Neben Spiel- und Bewegungsräumen steht dazu im Familienzentrum auch ein großer Garten zur Verfügung, in dem Obst und Gemüse wachsen sowie ein Spielplatz. Daneben steht ein kleines Holzhaus, die Märchenhütte. Dort erzählt eine professionelle Geschichtenerzählerin in regelmäßigen Abständen Märchen und Geschichten aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Diese Veranstaltungen werden sehr gut angenommen, sie schaffen nicht nur gemeinsame Erlebnisse für Eltern und Kinder, sondern dienen auch der Sprachförderung und der kulturellen Bildung. Diese ist ein wichtiger Baustein der Arbeit des Familienzentrums, wie die gelernte Theaterpädagogin und Theaterwissenschaftlerin Manuela Naso betont. So finden Theaterbrunches statt, gemeinsame Ausflüge in Museen und musikalische Workshops werden organisiert.

Möglich wird das vielfältige Angebot durch die gute Vernetzung und die zahlreichen Kooperationen des Familienzentrums, vor allem mit den Stadtteilmüttern, verschiedenen Initiativen, Vereinen und Stiftungen, wie der Sarah Wiener Stiftung. So entstehen Synergieeffekte und eine gute Anbindung an die verschiedenen Communities im Quartier.

Staatssekretärin Esther Uleer (4. v. l.), Projektleiterin Manuela Naso (2. v. r.) und die Kochgruppe. © Dominik Butzmann/photothek.de

Zuhause auf Zeit: „Jugendwohnen Urban“ für minderjährige unbegleitete Geflüchtete

„Jugendwohnen Urban" in Berlin-Kreuzberg ist eine Unterkunft für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete zwischen 14 und 17 Jahren. Ziel der Einrichtung ist es, den jungen Menschen direkt nach der Ankunft in Deutschland Schutz und Orientierung zu bieten und sie im Alltag zu begleiten. Dazu gehören die Unterstützung beim Zugang zu medizinischer und psychischer Versorgung sowie abwechslungsreiche Angebote im Bereich Sprachförderung, Sport, Kultur und Kreativität. Derzeit leben 42 meist männliche Jugendliche auf drei Etagen zusammen und werden dort rund um die Uhr betreut. Im Gespräch berichtet Projektleiterin Jana Drescher über die Arbeit ihres Teams.



Projektleiterin Jana Drescher

Ihr betreut hier viele Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die allein nach Deutschland gekommen sind. Woher stammen die Jugendlichen, die hier wohnen?

Jana Drescher: Die meisten unserer Bewohner:innen kommen nach wie vor aus Syrien. Dann aus Afghanistan, Kurden aus der Türkei und zuletzt auch aus Westafrika, also Benin. Zwei Mädchen kommen aus Serbien.

Wie organisiert ihr die Ankunft hier im Haus?

Wir versuchen, den Jugendlichen gleich nach der Ankunft den stabilen Rahmen zu bieten, den sie brauchen. Wir erklären die Hausregeln, was man darf und was man nicht darf, wie man sich ganz spezifisch verhalten soll in verschiedensten Situationen. Es ist sehr wichtig, dass die Jugendlichen früh verstehen, wo sie sich befinden und was diesen Ort ausmacht. Da reicht natürlich ein Gespräch meist nicht, weil es eben Jugendliche sind, die oft ganz andere Sachen im Kopf haben. Es ist wichtig, dass sie erstmal ankommen und das Gefühl bekommen, dass es jetzt eine Struktur gibt, die ihnen Halt gibt, an die sie sich aber auch anpassen müssen.

Und wie geht es weiter?

Die erste Maßnahme ist immer, die Jugendlichen in den Schulprojekten unterzubringen. Es gibt Projekte mit verschiedenen Schwerpunkten, etwa Alphabetisierung, Stadterkundung oder Sport, in denen nebenbei erste Deutschkenntnisse vermittelt werden. Wir müssen schnell rauskriegen, was eine Person braucht und dann die passenden Projekte vermitteln. Die deutschen Sprachkenntnisse sind aus unserer Sicht ganz wichtig, spätestens beim Kontakt mit Ämtern und im Asylverfahren brauchen sie die.

Die Minderjährigen, die ihr aufnehmt, haben lange Reisen unter schweren Bedingungen hinter sich. Wie erlebt ihr das in eurer täglichen Arbeit?

Wir erleben die psychischen Belastungen tagtäglich, es gibt da multiple Thematiken. Am häufigsten sind Albträume, die haben natürlich ihre Ursachen. Die Jugendlichen haben ihre Familien verlassen, haben auf der Reise viele Dinge erlebt und werden jetzt in Deutschland auch nicht wahnsinnig herzlich empfangen. Manche versuchen deshalb, nachts wachzubleiben und gar nicht zu schlafen. Da müssen wir möglichst schnell reagieren und Unterstützung organisieren. Man merkt eigentlich bei allen, dass sie schwer zu tragen haben, sie gehen damit aber ganz unterschiedlich um. Einige haben eine sehr schlechte Impulskontrolle, reagieren schnell über, sind in Konfliktsituationen aggressiv. Andere ziehen sich zurück, liegen den ganzen Tag im Bett und wollen gar nicht aufstehen.

Das sind für euer Team besondere Herausforderungen. Wie begegnet ihr dem in eurer Arbeit?

Für die Kolleginnen und Kollegen ist es sicher schwieriger als in anderen Jugendgruppen, weil die Belastungen so hoch sind. Wegen der Sprachbarriere muss man Anhaltspunkte im Verhalten finden, dazu müssen wir sehr aufmerksam und wachsam sein. Was machen die Jugendlichen gerade? Wie verhalten Sie sich? In welcher Situation ist jemand gerade, was sind die richtigen nächsten Schritte? Möchte jemand engmaschig betreut werden, oder braucht es mehr Freiräume? Das Wichtigste für die Jugendlichen ist, dass sie das Gefühl haben, dass wir sie als Person sehen. Sie sind es gewöhnt irgendwie durchzurutschen, sonst wären sie gar nicht hier angekommen. Sie sollten rasch merken, dass wir ihnen helfen wollen und diese Hilfe dann auch annehmen.

Welche Angebote für den Spracherwerb funktionieren eurer Erfahrung nach besonders gut?

Das ist sehr unterschiedlich. Manche der Jugendlichen verlassen nur ungern das Haus, für die sind Angebote hier vor Ort am besten. Aber grundsätzlich ist Bewegung draußen natürlich wichtig, auch um Erfahrungen in der neuen Stadt zu machen. Was zuverlässig funktioniert, ist ein situativer Ansatz. Wenn das Haus abends ein bisschen zur Ruhe kommt, machen unsere Spät- und Nachtschichten oft die Erfahrung, dass Jugendliche auf sie zukommen und Hilfe suchen bei einem Text oder einer Schulaufgabe. Da wird dann ganz viel Input aufgenommen. Man muss immer schauen, was der Moment gerade hergibt, welche Energie gerade da ist und dann das Beste daraus machen. Bei den meisten, die länger hier sind, merken wir dann ganz extreme Fortschritte.

Kann man sagen, dass ihr den Jugendlichen so etwas wie ein Zuhause anbietet?

Das ist eigentlich nicht unser Auftrag. Das Ziel ist es, in den Bezirken Wohnplätze zu organisieren, an denen sie länger bleiben können. Aber in der ganzen Stadt gilt, dass die Jugendhilfe zu wenige Wohnplätze hat, das ist ein allgemeines Problem. Für traumatisierte Jugendliche mit geringen Deutschkenntnissen ist es nochmal besonders schwer, eine Wohngruppe zu finden. Deshalb sind die meisten rund eineinhalb Jahre bei uns, was in dieser Lebensphase eine lange Zeit ist, in der viel passiert. Auch wenn alles also ein bisschen provisorisch ist, bieten wir für die Dauer des Aufenthalts doch so etwas wie ein Zuhause, auch wenn diese Situation natürlich nicht ideal ist.

Was müsste denn aus eurer Perspektive vordringlich getan werden, um die Situation der Jugendlichen weiter zu verbessern?

Ich glaube, dass die Verwaltungsprozesse transparenter und nachvollziehbarer werden müssten. Es gibt ganz viele Vorgänge, die Jugendliche nicht verstehen können. Ein junger Mensch, der in Berlin ankommt, muss ganz viele Schritte und Phasen durchlaufen, die er eigentlich nicht überblicken kann. Es gibt sehr viele Reglementarien, die die Jugendlichen daran hindern, ihren Impulsen zu folgen. Sie dürfen nicht jobben, Praktika müssen genehmigt werden, und das dauert oft. Wenn sich einzelne öffnen und sagen, mir geht es wirklich schlecht gerade, warten wir oft sechs Wochen auf einen Termin bei einer psychologischen Beratung. Wir sehen natürlich die personellen Engpässe und andere Schwierigkeiten, aber transparentere und auch zügigere Verfahren wären sehr hilfreich. Und es wäre toll, wenn mehr Privatleute Patenschaften übernehmen würden, also die Jugendlichen mitnehmen ins Freibad, zum Eis essen, zur Wanderung, zum Ausflug. Sonst bleiben sie eben die meiste Zeit untereinander.

■ Alle Kinder und Jugendliche sollen sicher und gesund aufwachsen, das ist das Ziel des Kinderschutzes. © Thomas Richert



Neue Konzepte für eine systematische Planung und Kontrolle des kommunalen Kinderschutzes

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Große Bedeutung haben dabei die Strukturen in den Städten und Gemeinden vor Ort, insbesondere die Jugendämter. In den meisten Kommunen sind entsprechende Richtlinien, Verantwortlichkeiten und Abläufe in Kinderschutzkonzepten festgelegt. Was jedoch in der Regel fehlt, sind Instrumente der kontinuierlichen Bedarfsanalyse, Planung und Steuerung. Auch eine systematische Bewertung und Kontrolle, wie sie in anderen Bereichen eine Fachaufsicht leistet, stehen nur selten zur Verfügung.

Aus diesem Grund haben die Städte Köln und Neuss die Stiftung SPI im Herbst 2023 beauftragt, Entwicklungspläne für einen verbesserten Kinderschutz zu erarbeiten. Köln ist damit die erste Millionenstadt in Deutschland, die sich zur Erstellung und Umsetzung eines Kinderschutzentwicklungsplans verpflichtet. Das dazu von der Stiftung SPI und der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe entwickelte Konzept basiert auf den Befunden eines Gutachtens, das beide Partnerinnen 2021 für die Kinderschutzkommission des Landtags Nordrhein-Westfalen erstellt haben.

Stiftung SPI (Hg.): Gutachten zu Organisation, Struktur, Größe, Standards, Qualität, Fortbildung und Weiterbildung in nordrhein-westfälischen Jugendämtern.

Politisch-strategische Einordnung und Ziele

Kinderschutzentwicklungspläne (KSEP) bewerten systematisch und regelmäßig wiederkehrend die zentralen Kinderschutzbedarfe von Kindern und Jugendlichen sowie die Leistungsfähigkeit des örtlichen Kinderschutzsystems. Sie sind darin mit den örtlichen Kitabedarfsplanungen oder Brandschutzbedarfsplänen vergleichbar. Auf dieser Grundlage werden Entwicklungsziele identifiziert. Gerade weil Aufgaben des Kinderschutzes und der Hilfen zur Erziehung hoheitliche Leistungen der Kommunen sind, die als Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wahrgenommen werden, ermöglichen Kinderschutzentwicklungspläne eine transparente und systematische Festlegung, wie eine Kommune diesen Aufgaben nachkommen will, welche Entwicklungen sie anstrebt und wie die Ergebnisse bewertet werden sollen. Wichtig für den Erfolg der Maßnahmen ist nicht zuletzt eine Sensibilisierung für den Kinderschutz über die jeweilige Fachverwaltung hinaus. Als Fachinstitut steht die Stiftung SPI den Kommunen bei dieser Aufgabe beratend und begleitend zur Seite.

Für die Pilotprojekte in Köln und Neuss haben sich die Kommunen vier konkrete Ziele gesetzt:

1. Das Thema Kinderschutz soll in der Politik präsenter werden.
2. Der kommunale Kinderschutz soll präventiv wirken.
3. Eine ständige Gefahrenabwehr soll im Kinderschutz implementiert werden.
4. Die rechtlichen und fachlichen Standards sollen weiterentwickelt werden.

Die in der Pilotphase erarbeiteten Maßnahmen und deren Controlling sollen längerfristig fortgeschrieben werden können. In beiden Kommunen müssen Spezifika berücksichtigt werden, so dass im Ergebnis zwei unterschiedliche KSEP entstehen, die zugleich Modellcharakter für weitere Kommunen haben.

Zeitplanung und Meilensteine

Das Projekt startete im Oktober 2023 in seine insgesamt zweijährige Laufzeit. Im Januar 2024 konnte das Clearing zur Machbarkeit abgeschlossen werden. Anschließend wurden bereits vorhandene quantitative Daten aus relevanten Bereichen wie der Jugendhilfe sowie Gesundheits- und Bildungsdaten übertragen, gesichtet und ausgewertet. Dies war die Grundlage zur weiteren Erhebung qualitativer Daten zur „Insider-Perspektive" der Fachverwaltungen. In mehreren Intensiv-Workshops gaben deren Vertreter:innen ihre Einschätzung zu den örtlichen Schutzmechanismen und der Praxis des Kinderschutzes ab. An die Erhebung des Ist-Zustandes der kommunalen Strukturen im Kinderschutz schlossen sich ab Frühsommer 2024 die eigentlichen Erhebungsarbeiten zu den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien an. Auf dieser Basis entsteht durch Analyse und Abgleich der Befunde ein detailliertes Bild der Leistungsfähigkeit des Hilfesystems. Im Jahr 2025 folgen weitere Analysen und eine finale Interpretation, auf deren Grundlage Entwicklungsaufgaben und eine Maßnahmenplanung festgelegt werden. Schließlich wird das zukünftige Controlling im Rahmen der autonomen Fortschreibung des KSEP durch die Kommunen justiert.

Wissenschaftliche Vorgehensweise und Projektdesign

Grundlage des Konzepts ist die Analyse der Bedarfe und Risiken für einen wirkungsvollen Kinderschutz, die der Leistungsfähigkeit des bestehenden Hilfesystems gegenübergestellt wird. Dieses umfasst alle wesentlichen Akteurinnen und Akteure, die institutionell mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, etwa Schulen und Vereine. Die Erhebung kann nicht pauschal erfolgen, vielmehr müssen örtliche Spezifika sowie die unterschiedlichen sozio-demographischen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Sozialräume berücksichtigt werden. Aus diesem Abgleich leiten sich konkrete Entwicklungsaufgaben für den Kinderschutz ab, deren Lösung durch ein kontinuierliches Controlling überprüft wird.

Die wissenschaftliche Vorgehensweise kombiniert eine quantitative Datenanalyse, überwiegend durch sozialstatistische Auswertungen, mit den Ergebnissen qualitativer Erhebungen wie etwa Interviews mit Expertinnen und Experten. Der Erkenntnisgewinn kann durch die verschränkte Anwendung beider methodischer Ansätze maximiert werden. Aus den räumlich-statistischen Analysen können weitere Fragestellungen abgeleitet werden, die später für die qualitativen Erhebungen genutzt werden können.

Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien

Kinderschutz-entwicklungsplan

Struktur und Leistungsfähigkeit des Kinderschutzsystems

Basis rechtliche und fachliche Standards und Empfehlungen zum Kinderschutz

Erhebungen zum Kinderschutzentwicklungsplan am Beispiel Köln

Die sozialraumbezogenen Daten, die aus der Stadt Köln vorliegen, wurden im ersten Schritt bereinigt, aufbereitet und anschließend analysiert. Für die visualisierte Aufbereitung der ersten Ergebnisse wurden aufgrund der großen Auswertungsebene (86 Stadtteile) sogenannte Choroplethenkarten (Flächenwertstufenkarten) ausgewählt. Dies ermöglicht eine kompakte bildliche Darstellung der Anteile verschiedenster Indikatoren (z. B. SGB II-Quote, Anteil Alleinerziehender) in den einzelnen Stadtteilen. Ein weiterer Vorteil ist das Neben- und Aufeinanderlegen verschiedener sozialstatistischer Daten mit den Kennzahlen aus der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Verbildlichung ermöglicht und bestärkt die These, dass bestimmte Armutsstrukturen mit Kindeswohlgefährdung korrelieren und legt offen, wo Bedarfe vorzufinden sind und (weitere) Unterstützungsformen möglich wären. Aus den räumlich-statistischen Analysen können weitere Fragestellungen abgeleitet werden, die anschließend für die qualitativen Erhebungen (hier Interviews) gezielt eingesetzt werden können.

In der Abbildung ist der Vergleich von **Rang 1 bis 20** der **Alleinerziehenden-Haushalte** an allen Haushalten mit Kind(ern) und **SGB II-Leistungsberechtigten** im Alter 0 bis unter die Altersgrenze zum Renteneintritt an allen Einwohner:innen mit Hauptwohnung im gleichen Alter im Jahr 2022 dargestellt.

- Stadtteile unter den Top 20 der meisten a) Haushalte Alleinerziehender und b) der SGB II-Leistungsberechtigten.
- Nur Top 20 der Alleinerziehenden-Haushalte.
- Nur Top 20 der SGB II-Leistungsberechtigten.



Wikimedia Commons/eigene Bearbeitung

Fortlaufende Begleitung, Feedback-Runden und Diskurs

Die Arbeiten zur Erstellung der Kinderschutzentwicklungspläne werden sowohl auf strategischer als auch operativer Ebene im Rahmen verschiedener Gremien begleitet, die Rückfragen, fachlichen Austausch und Rückkopplungen in den politischen Raum fortlaufend ermöglichen.

Durch einen monatlichen Qualitätszirkel findet eine fortlaufende Rückkopplung mit der Fachverwaltung auf Arbeitsebene statt. Dort geht es unter anderem um die Planung und Umsetzung der Erhebungen und Auswertungen. Zweimonatliche Steuerungsrunden mit den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern dienen der Berichterstattung und Präsentation von Zwischenergebnissen sowie dem Austausch und der Beratung zur Nachsteuerung. Darüber hinaus finden ab Sommer 2024 größere Fachveranstaltungen mit Beteiligung der Politik und externen Expertinnen und Experten statt: Diese dienen vor allem der breiteren Kommunikation in den politischen Raum sowie der Öffnung des Prozesses für externe Fachexpertise.

Diese Gremienarbeit verbindet die Arbeitsebene sowie die fachliche und politische Entscheidungsebene und sorgt für eine hohe Transparenz des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses. Zugleich erhöht sie die Akzeptanz bei allen Beteiligten, insbesondere der Kommunalpolitik.



© Thomas Richert

Die Feuerwehr als Vorbild für den Kinderschutz

Interview mit Prof. Dr. Dirk Michael Nüsken, Prorektor für Forschung, Transfer und Internationales an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe



Prof. Dr. Dirk Michael Nüsken

Herr Professor Nüsken, was ist das spezifisch Neue an dem Konzept der Kinderschutzentwicklungspläne?

Erstmalig wird damit der Kinderschutz zum Gegenstand einer systematischen kommunalen Planung. Heute wird der Kinderschutz zwar von den Jugendämtern in den Kommunen als gesetzliche Aufgabe wahrgenommen, zumeist gilt der Blick aber der Einzelfallebene. Die Sozialdienste der Jugendämter überprüfen also Fälle möglicher Kindeswohlgefährdung und ermitteln Bedarfe an Hilfe und Beratung. Darüber hinaus gibt es aber wenig planerische Ansätze, bei denen die spezifischen Risiken und Handlungsbedarfe in einer Kommune betrachtet werden. Die Erfahrung zeigt, dass dabei Handlungsdruck oft erst infolge sogenannter fehlgelaufener Kinderschutzfälle entsteht, wenn Kinder zu Schaden oder zu Tode gekommen sind. Dann wird öffentlich nach Fehlern und Zuständigkeiten gefragt und es werden Verbesserungsbedarfe eruiert. Fragen nach der Struktur und Leistungsfähigkeit des Kinderschutzes kommen so leider oft erst dann in den in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und der Fachpolitik, wenn es im Einzelfall bereits zu spät ist. Die Chancen einer durch systematische Planungsprozesse verbesserten Prävention bleiben oft ungenutzt.

Wie kam es ursprünglich zu der Idee, dieses Konzept zu entwickeln?

Die Idee entstand im Zuge eines Gutachtens, welches wir im Jahr 2021 gemeinsam mit der Stiftung SPI für die Kinderschutzkommission des nordrhein-westfälischen Landtages erstellt haben. Vor dem Hintergrund der schweren Fälle sexueller Gewalt an Kindern auf dem Campingplatz in Lügde, sowie den Fällen von Pädophilie und Missbrauch in Bergisch Gladbach und Münster ging es darum, die Qualität des Kinderschutzes in nordrhein-westfälischen Jugendämtern sowie weitere Aspekte, etwa der Fachaufsicht, zu untersuchen. Wir haben dazu Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus im gesamten Bundesgebiet angestellt.

Eine grundlegende Erkenntnis war, dass es in keinem Flächenland ein externes Controlling oder eine Fachaufsicht für die Jugendämter gibt. Die obersten Landesjugendbehörden und die Landesjugendämter unterstützen kommunale Jugendämter zumeist lediglich durch fachliche Empfehlungen und einige strukturelle Maßnahmen. Hamburg mit seiner Jugendhilfeinspektion ist hier eine Ausnahme. Aber selbst dort werden zwar die rechtlichen oder dokumentarischen Standards überprüft, nicht aber die Zweckmäßigkeit und die strukturelle Ausstattung des Kinderschutzes.

Welche Schlüsse haben Sie aus der Analyse gezogen?

Wir haben auf dieser Grundlage überlegt, wie eine systematische Planung der Kinderschutzaufgaben in den Kommunen aussehen könnte. Als Vergleichsperspektive haben wir einige europäische Nachbarländer herangezogen und uns Sicherungssysteme in anderen Bereichen angesehen. Dabei haben wir festgestellt, dass der Brandschutz für unser Anliegen eine gute Blaupause bietet. In den Landesfeuerwehrgesetzen ist vorgeschrieben, dass die Kommunen Bedarfs- oder Entwicklungspläne für die Feuerwehr aufstellen müssen. Für diese Brandschutz- oder Feuerwehrbedarfspläne wird anhand der örtlichen Gegebenheiten untersucht, welche spezifischen Risiken und Gefahren bestehen. Danach wird festgelegt, welche Einsatzmittel dem gegenübergestellt werden müssen. Dabei geht es natürlich um Technik, aber auch um Personal und Qualifizierung. Im Brandschutz gibt es also bereits eine systematische und flächendeckende kommunale Planung, deren Notwendigkeit und Nutzen wahrscheinlich jeder anerkennt. Die inhaltliche Parallele ist auch klar: Sowohl Brandschutz als auch Kinderschutz sind öffentliche Schutzinteressen, bei denen Vorsorge und Prävention eine zentrale Rolle spielen.

Ähnlich wie beim Brandschutz gehen wir bei den Kinderschutzentwicklungsplänen vor: Wir schauen auf die Bedingungen und Risikofaktoren, also auf die Lebenslagen und Hilfebedarfe von Kindern und Jugendlichen einer Kommune. Und wir betrachten die Struktur und Ausstattung des jeweiligen Kinderschutzsystems. Auf dieser Basis werden Risiken und Entwicklungsnotwendigkeiten festgestellt, die dann in einem Planungszeitraum umgesetzt werden. Dies ist im Groben das Modell, das jetzt in den Städten Neuss und Köln passgenau entwickelt und erprobt wird.

In Nordrhein-Westfalen wird also im Kinderschutz Neuland beschritten, wie kommt es zu dieser Vorreiterrolle?

Das eine war der öffentliche und politische Druck, der aus den genannten weitreichenden Missbrauchsfällen in Lügde, Bergisch Gladbach und Münster entstanden ist. Das andere ist ein nordrhein-westfälisches Spezifikum: Es gibt dort sehr viele, auch sehr kleine Jugendämter, weil jede Kommune ab 20.000 Einwohnern ein eigenes Jugendamt errichten kann. NRW hat bei rund 18 Millionen Einwohnern derzeit 186 Jugendämter, Baden-Württemberg mit etwa 12 Millionen Einwohnern lediglich rund 40. Das heißt nicht, dass kleine Jugendämter nicht auch gute Arbeit im Kinderschutz leisten können. Aber die Herausforderungen sind doch größer, wenn Sozialdienste die Vielfalt der Aufgaben nicht mehr durch entsprechende Kompetenzen abbilden können. Das betrifft die kollegiale Beratung oder Hausbesuche zu zweit genauso wie Bereitschaften an Wochenenden. Wenn ich einen kleinen Sozialdienst habe, mit vielleicht sechs oder acht Stellen, bei dem zwei Stellen unbesetzt sind und zwei Fachkräfte krank werden, dann wird das Eis relativ schnell dünn. Das war sicherlich der zweite Impuls seitens der Landespolitik, noch einmal grundsätzlich über die Organisation des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen nachzudenken.

Unser Konzept des Kinderschutzentwicklungsplans bringt aber viele Effekte mit sich, die weit über NRW hinausreichen und überall gelten können. Wir verbinden damit eine selbst organisierte Fachaufsicht durch die Jugendämter. Hier gibt es keine übergeordneten Institutionen, aber eine klare Forderung durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Die Kinderschutzentwicklungspläne sind aus unserer Sicht eine angemessene Form, proaktiv eine Fachaufsicht aufzubauen, die als ein selbstreflexives, lernendes System in jeder Kommune bestehen kann – ein flexibles System, das sich selbst immer wieder überprüfen und weiterentwickeln kann.



Schule als sicherer Ort für alle – eine aktuelle Arbeitshilfe für den Kinderschutz

Bei der Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie bei der Intervention spielen Schulen eine zentrale Rolle, speziell bei Kindeswohlgefährdungen. Das EU-geförderte Gemeinschaftsprojekt ASAP! sensibilisiert das Schulpersonal deshalb für deren Rolle im Kinderschutz und stärkt die Handlungssicherheit im Kinderschutzverfahren. Für die Umsetzung des berlinweiten Kinderschutzverfahrens an Schulen hat das Team der Stiftung SPI eine praxisnahe Arbeitshilfe für Schulpersonal entwickelt, die kostenlos heruntergeladen werden kann. ASAP! wird gemeinsam umgesetzt von Save the Children Deutschland e. V., Wildwasser e. V. und der Stiftung SPI.

Lämmel, Manja; Pohle, Katarina; Rosentritt, Cayan (2024): Arbeitshilfe Kinderschutz. Hg. Stiftung SPI, ASAP! Schule als sicherer Ort für alle et. al.; Berlin

Servicestelle zur bundesweiten Koordination von Gewaltschutz für Geflüchtete

Damit geflüchtete Menschen in den Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland vor vielfältigen Formen von Gewalt geschützt werden, haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) gemeinsam mit weiteren staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Jahr 2016 eine Bundesinitiative ins Leben gerufen, um einheitliche Standards zu etablieren. Die beteiligten Institutionen eint die Überzeugung, dass geflüchtete Menschen in Flüchtlingsunterkünften besonderen Schutz erfahren müssen und für ein gutes Ankommen in Deutschland Unterstützung benötigen. Auf Grundlage der gebündelten Expertise in der Bundesinitiative wurden im Juni 2016 erstmals einheitliche Mindeststandards erarbeitet, die als Leitlinien für die Verbesserung des Schutzes von vulnerablen Personen in Flüchtlingsunterkünften dienen. Das BMFSFJ förderte die Aktivitäten der Bundesinitiative von 2016 bis 2019 im Rahmen eines umfangreichen Bundesprogramms „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften".

Die Servicestelle Gewaltschutz der Stiftung SPI koordiniert, unterstützt und begleitet die Aktivitäten des BMFSFJ und der Partnerorganisationen im Rahmen der Bundesinitiative. Ein besonderer Fokus liegt in den Jahren 2023 und 2024 auf der Unterbringungssituation und Lebensrealität von (begleiteten) geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Die Servicestelle Gewaltschutz sensibilisiert im Rahmen vielfältiger Fachveranstaltungen auf Ebene der Bundesländer und Kommunen über den besonderen Schutzauftrag gegenüber dieser vulnerablen Gruppe. In Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen sowie Fachexpertinnen und -experten vermittelt sie zudem anwendungsorientiertes Wissen über die Bedarfe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in der Unterbringung an die Praxis vor Ort. Hierzu wurde 2023 eine Reihe von Online-Workshops angeboten. Im Auftrag von UNICEF Deutschland wurde zudem eine Online-Schulungsreihe für haupt- und ehrenamtliche Praktiker:innen sowie Träger- und Betreiberorganisationen von Geflüchtetenunterkünften konzipiert und umgesetzt. Aufgrund der hohen Nachfrage und positiven Resonanz wird die Workshop-Reihe auch 2024 mit ähnlichen Schwerpunkten angeboten.

Hinzu kommen die jährlichen Netzwerktreffen der Bundesinitiative, die den Austausch der Partnerorganisationen sowie relevanter und interessierter Akteure im Themenfeld fördert. Das Netzwerktreffen 2023 wurde gemeinsam mit UNICEF Deutschland realisiert. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf dem Schutz von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für geflüchtete Menschen. Die Servicestelle übernimmt darüber hinaus weitere Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesinitiative, etwa den regelmäßigen Versand des Newsletters sowie die Redaktion und Pflege der Webseite der Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften".

Über die Website bietet die Servicestelle Gewaltschutz Fachpublikationen zu verschiedenen Aspekten des Themas an. Diese stellen etwa gelungene Beispiele für die Umsetzung der Mindeststandards zum Schutz von Menschen in Flüchtlingsunterkünften in den Kommunen vor und behandeln weitere Themen im Kontext des Gewaltschutzes bei der Unterbringung geflüchteter Menschen.

Informationen und Materialien bietet die Website der Bundesinitiative unter: www.gewaltschutz-gu.de

Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" in Kommunen



KoKoMa stärkt Kompetenzen vor Ort:

Die Qualifizierung zum/zur Kommunalen Konfliktmanager:in

Das Kommunale Konfliktmanagement (KoKoMa) unterstützt bundesweit Kommunen bei der Bearbeitung von Konflikten, die das friedliche, demokratische Zusammenleben in Vielfalt bedrohen können. Das Projekt zielt darauf ab, die kommunale Politik, Verwaltungen und Zivilgesellschaft dafür zu sensibilisieren, dass Konflikte integraler Bestandteil unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens sind. Zugleich werden Strukturen und Verfahren zur Prävention, Aushandlung und Transformation von Konflikten vor Ort entwickelt und angeboten. Umgesetzt wird das Projekt der Stiftung SPI im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Ein wichtiger Bestandteil von KoKoMa ist die nachhaltige Vermittlung von Kompetenzen im Konfliktmanagement. Die hierzu entwickelte Qualifizierungsreihe wurde bislang in 13 teilnehmenden Kommunen angeboten. So konnten sich bereits mehr als 200 Personen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als Kommunale Konfliktmanager:innen weiterqualifizieren.



© actu&tactu GbR

Das Konzept basiert auf der Haltung, Konflikte nicht als Störung, sondern als Chance zu begreifen: Wenn sie im Rahmen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse konstruktiv transformiert werden, können sie als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts fungieren und das demokratische Gemeinwesen stärken. Demgegenüber können Konfliktlagen – wenn sie unbearbeitet bleiben – einen Nährboden darstellen für Radikalisierung und Polarisierung, insbesondere wenn sie auf vorurteilsbasierten bzw. demokratie- oder vielfaltsablehnenden Tendenzen und Stimmungen basieren. Die Qualifizierung von KoKoMa zielt deshalb darauf, kommunale Akteurinnen und Akteure bei der Entwicklung strategischer Herangehensweisen zu stärken, mit der sie potenziell demokratie- bzw. vielfaltsablehnende Konfliktlagen vor Ort bearbeiten und entschärfen können.

Die Qualifizierung richtet sich an die Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltungen sowie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus Demokratieförderung, Integration und Gemeinwesenarbeit genauso wie an Fachkräfte aus Beratungs- und Bildungseinrichtungen und allgemein Interessierte, die in ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit (demokratiegefährdenden) Konflikten in Berührung kommen.

Die Qualifizierung vermittelt grundlegendes Handwerkszeug für das kommunale Konfliktmanagement und stärkt die Kompetenzen, um Konflikte im öffentlichen Raum zu erkennen und systemische Zusammenhänge zu analysieren. Durch das erweiterte Methodenrepertoire für den strategischen Umgang mit kommunalen Konflikten werden die Grundlagen geschaffen, um bei Konflikten als kompetente Ansprechpersonen in und für Kommunen auftreten zu können.



© actu&tactu GbR

Insgesamt setzt sich die Qualifizierung aus 80 Unterrichtseinheiten zusammen und beinhaltet fünf thematische Module, die jeweils in einem Präsenztermin vor Ort und einem Online-Vertiefungsmodul behandelt werden. Im ersten Modul der Qualifizierungsmaßnahme werden Konflikttheorien erläutert und ein konstruktives Konfliktverständnis entwickelt. Die Teilnehmenden lernen die Dynamiken der Konflikteskalation kennen und eignen sich Methoden der Analyse für kommunale Konfliktlagen an.

Das zweite Modul stellt Begriffe und Phänomene zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor, führt in das Konzept von Diversity ein und vermittelt Handlungswissen zum Umgang mit Diskriminierungen und Vorurteilen.

Die Kommunikation in konflikthaften Situationen steht im Fokus des dritten Moduls, in dem Methoden der Konfliktmoderation und -deeskalation vermittelt und die Gestaltung von angemessenen Dialogformaten erprobt werden.

Der vierte Teil ist verschiedenen Beratungsansätzen in der Konfliktbearbeitung gewidmet. Neben grundlegenden handwerklichen Fertigkeiten geht es dabei auch um eine Reflexion der eigenen Grundhaltung, Prinzipien und Werte. Die Teilnehmenden arbeiten an der Professionalisierung dieser Ressourcen, vertiefen ihr Wissen zu den Ansätzen der lösungs- und prozessorientierten Beratung und wenden ihre Kenntnisse auf eigene Fälle an.

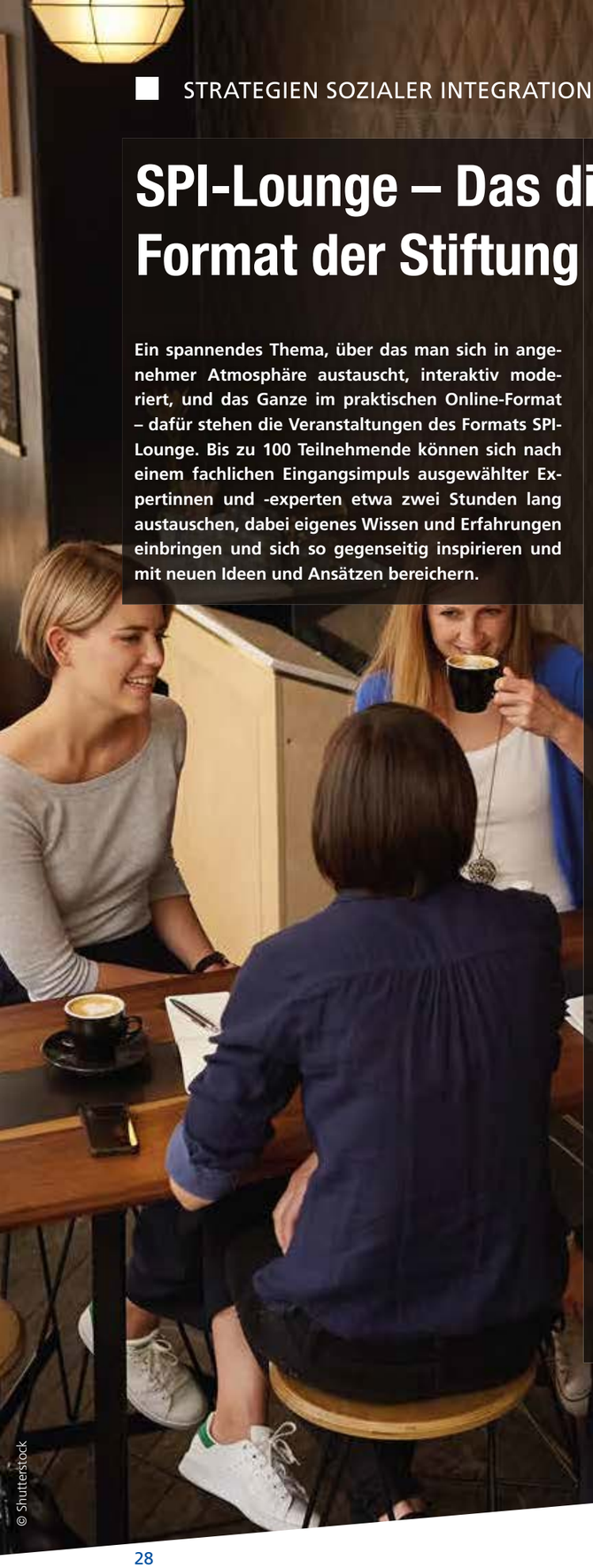
Im fünften Modul der Qualifizierungsreihe wird der Umgang mit Krisen und Bedrohungslagen behandelt. Diese können von Anfeindungen gegenüber geflüchteten Menschen und zivilgesellschaftlich Engagierten bis hin zu Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen gegen Mitarbeitende in kommunalen Einrichtungen reichen. Als wichtiger Baustein der Konfliktbearbeitung wird ein exemplarischer Krisenreaktionsplan vorgestellt. Die Teilnehmenden erhalten Informationen und Werkzeuge zur Erstellung eigener Reaktionspläne und üben sich in der Risikoanalyse von kommunalen Krisen und Bedrohungslagen.

Diese umfassende und systematische Behandlung des Konfliktmanagements in seinen vielfältigen Facetten hat sich in der Praxis bewährt. Aufgrund der guten Resonanz der Teilnehmenden wird die Qualifizierung zum Kommunalen Konfliktmanagement derzeit als Angebot für interessierte Kommunen weiterentwickelt und soll ihnen als modulare Qualifizierungsmaßnahme angeboten werden.

Weitere Informationen zu KoKoMa auf der Website: https://konfliktmanagement.plattform-spi.de

SPI-Lounge – Das digitale Austausch-Format der Stiftung SPI

Ein spannendes Thema, über das man sich in angenehmer Atmosphäre austauscht, interaktiv moderiert, und das Ganze im praktischen Online-Format – dafür stehen die Veranstaltungen des Formats SPI-Lounge. Bis zu 100 Teilnehmende können sich nach einem fachlichen Eingangsimpuls ausgewählter Expertinnen und -experten etwa zwei Stunden lang austauschen, dabei eigenes Wissen und Erfahrungen einbringen und sich so gegenseitig inspirieren und mit neuen Ideen und Ansätzen bereichern.



Das Dach der SPI-Lounge vereint derzeit vier Lounge-Räume mit eigenen thematischen Schwerpunkten – vom frühkindlichen Bildungsbereich bis hin zu den Bereichen Familie, Beruf und Gleichstellung: So gibt es die seit nunmehr drei Jahren regelmäßig stattfindende Kita-Lounge, die Sprach-Kita-Lounge, die Gleichstellungslounge und die Lounge 16 zur Familienbildung.

Die Themen der einzelnen Lounge-Veranstaltungen sind entsprechend breit gefächert. Sie reichen von der Digitalisierung in Kitas und gelebtem Kinderschutz über Resilienz bei pädagogischen Fachkräften, Teamarbeit und Kommunikation bis hin zur Aufteilung von Sorgearbeit, beruflichem Quereinstieg in die IT und Herausforderungen bei der Übernahme von Führungsaufgaben. Die Teilnahme an den Lounges ist nach Anmeldung kostenfrei möglich.

Das modulare Konzept der SPI Lounge kann flexibel auf unterschiedliche Zielgruppen und Themengebiete zugeschnitten werden. Die SPI Lounge steht damit neuen Anbieterinnen und Anbietern offen – Interessentinnen und Interessenten werden zur Einrichtung eines eigenen Raums im „Haus“ der SPI-Lounge gerne beraten.

Weitere Informationen zu den einzelnen Lounge-Formaten bietet die Projekt-Plattform:
https://kita-lounge.plattform-spi.de/

SPI Lounge

© Shutterstock

Neue Wege für Erzieher:innen durch Kooperationsmodell zwischen Ausbildungspraxis und Wissenschaft

Mit dem ausbildungsintegrierten Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit & Management“ bietet die Fachschule für Sozialpädagogik der Stiftung SPI gemeinsam mit der Fachhochschule des Mittelstandes (FHM) ab Oktober 2024 ein neues kombiniertes Ausbildungs- und Studienmodell an. Studierende mit entsprechender Hochschulzugangsberechtigung können dadurch parallel zur Ausbildung zum Erzieher:in an der Fachschule für Sozialpädagogik einen Bachelorabschluss erwerben. Nach drei Jahren erhalten die Absolventinnen und Absolventen einen Abschluss als staatlich anerkannte Erzieher:innen sowie acht Monate später den Bachelorabschluss „Soziale Arbeit & Management“. Anschließend eröffnet sich beispielsweise die Möglichkeit zu einem Masterstudium. Außerdem kann die staatliche Anerkennung als Sozialarbeiter:in oder Sozialpädagogin/-pädagoge erworben werden. Neben der klassischen Vollzeitausbildung und dem berufsbegleitenden Studium besteht nun eine weitere Möglichkeit für die angehenden Erzieher:innen, um hoch qualifiziert und mit weiteren Bildungschancen ins Berufsleben zu starten. Als Alternative zum akademischen Abschluss während der Ausbildung zur/zum Erzieher:in wird außerdem weiterhin das Top-Up Studium „Sozialpädagogik & Management“ angeboten, das sich an den Abschluss der Fachschule anschließt.

Wesentlich geprägt wurde die enge Zusammenarbeit zwischen den Fachschulen und der Fachhochschule des Mittelstandes durch Prof. Dr. Lars Distelhorst, der als Hochschullehrer für Sozialpädagogik und soziale Arbeit an der FHM die Stiftung SPI auch als Mitglied des Beirats berät. Über die neuen Ansätze zur Verbindung von Wissenschaft und Ausbildungspraxis sowie seine persönlichen Beziehungen zur Stiftung SPI berichtet er in seinem Gastbeitrag.

Neue Wege für einen weiterhin hochqualifizierten sozialen Bereich

Von Prof. Dr. Lars Distelhorst

Meine ersten beruflichen Schritte nach dem Studium habe ich unter anderem an der Fachschule für Sozialpädagogik der Stiftung SPI unternommen, an der ich einige Jahre unterrichtet habe. Die beruflichen Wege von Menschen an der Schnittstelle zwischen Sozialwissenschaft und Sozialer Arbeit sind mitunter verschlungen – so auch die meinen. 2022 verschlug es mich schließlich an die Fachhochschule des Mittelstands (FHM), wo ich seitdem als Professor in den Studiengängen Soziale Arbeit und Management sowie Sozialpädagogik und Management tätig bin.



Prof. Dr. Lars Distelhorst © Die Hoffotografen



Professor Lars Distelhorst informiert über den neuen Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit & Management“.

Das SPI ist mir dabei immer in Erinnerung geblieben. Es war und ist in meinen Augen ein Träger wichtiger Projekte im Bereich der Sozialen Arbeit. Darüber hinaus haben mich die Erfahrungen in der Lehre für Erzieher:innen nachhaltig geprägt, etwa durch die Praxisbesuche und die vielen Gespräche mit Menschen aus der Praxis. Die FHM sieht sich wie alle Hochschulen in Deutschland großen zukünftigen Herausforderungen gegenüber: Die Zeit der doppelten Abiturjahrgänge ist vorbei, die Coronazeit hat insbesondere junge Menschen stark verunsichert, der Krieg in der Ukraine hat für viele Menschen zu gestiegenen Lebenshaltungskosten geführt. Wer heute nach der Schule ein Studium aufnimmt, hat oft höhere Ansprüche, als das noch vor zehn bis zwanzig Jahren der Fall war. Das Internet prägt den Alltag ebenso wie unser Denken.

In dieser Situation ist Flexibilität angesagt, und meine Hochschule hat bereits früh auf die Veränderungen reagiert. Bei uns kann man z. B. mit einer abgeschlossenen Ausbildung als Erzieher:in oder Heilerziehungspfleger:in in Form eines Top-Up Modells Sozialpädagogik und Management studieren. Weil die FHM die Ausbildung als Erzieher:in und Heilerziehungspfleger:in hoch wertschätzt, dauert das bei uns zwei und nicht drei Jahre wie an anderen Hochschulen. Doch bei anhaltendem Innovationsdruck muss man bereit sein, immer wieder neue Wege einzuschlagen.

Bei der Beschäftigung mit diesen Gedanken erinnerte ich mich an meine eigene Zeit am SPI, und ich setzte mich mit der Leitung der Fachschulen in Verbindung. Wie ich im Gespräch erfuhr, sehen sich die Fachschulen im sozialen Bereich mit ähnlichen Herausforderungen wie die Hochschulen konfrontiert. Wenn man den sozialen Bereich langfristig mit gut qualifiziertem Personal ausstatten möchte, muss man sich der Zukunft stellen und dabei Neues erfinden.

Aus diesem Grund gibt es nun eine neue Kooperation zwischen der Stiftung SPI und der FHM. Zusammen bieten wir in diesem Jahr erstmals eine Kombination aus Ausbildung und Studium an, die in drei Jahren und acht Monaten einerseits zum Abschluss als Erzieher:in mit Anerkennung der Berliner Senatsverwaltung, und parallel zum Bachelor Soziale Arbeit und Management führt. Die Studierenden machen dabei wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen am SPI den Abschluss als Erzieher:in und erarbeiten zugleich durch zusätzliche Seminare und Prüfungen in Kooperation mit der FHM die für den Bachelor notwendigen Inhalte im Bereich „Soziale Arbeit & Management“. Dieser Teil der Ausbildung/des Studiums findet online in Abendveranstaltungen statt. Neben der vertieften Auseinandersetzung mit Fachthemen vermittelt der Bachelor-Studiengang weitere Kenntnisse, die zur Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben qualifizieren. Auch ein weitergehendes Master-Studium wird damit möglich.

Mich freut nicht nur diese neue Form der Kooperation, die mich wieder mit dem SPI verbindet. Denn meine Kontaktaufnahme fiel glücklicherweise in die Zeit, in der ich als Mitglied in den neuen Beirat der Stiftung SPI berufen wurde. Dadurch habe ich nun die Möglichkeit, mich regelmäßig mit der Leitungsebene des SPI und den Kolleginnen und Kollegen des Beirats auszutauschen. Ein kontinuierliches Thema im Beirat ist natürlich die thematische und inhaltliche Ausrichtung des SPI.

Hier fühle ich mich in meinem Wirken der Grundidee der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession verpflichtet. Doch natürlich muss sich die Stiftung auch aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Als eines der wesentlichen Probleme, die es durch Soziale Arbeit anzugehen gilt, kam dabei das Thema der Diskursfähigkeit auf. Diese ist in Zeiten zunehmender Radikalisierung und des Zusammenbrechens der politischen Kommunikation auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums für den Fortbestand einer demokratischen Öffentlichkeit von zentraler Wichtigkeit. Beispiele könnten hier etwa die undifferenzierte Verteufelung der Muslime in Deutschland durch rechte Kräfte oder die Affirmation der Hamas als antikoloniale Widerstandsgruppe durch Teile der Linken sein. Damit Soziale Arbeit hier einen Beitrag leisten kann, muss sie sich in meinen Augen stärker auf ihr politisches Mandat besinnen. Meine Tätigkeit im Beirat gibt mir die Gelegenheit, mich in dieser Sache bei einem Träger einzubringen, dem ich mich schon lange verbunden fühle.



Die Direktorin der Stiftung SPI Annette Berg und der Dekan der FHM Prof. Dr. Rainer Beurskens unterzeichnen den Kooperationsvertrag.

Die Vertrauensdozierenden unterstützen in allen schulischen Fragen

Seit Sommer 2023 gibt es an den Fachschulen der Stiftung SPI das Team der Vertrauensdozierenden. Sie werden von den Studierenden gewählt und sind übergreifend auch jenseits des Kurssystems ansprechbar. Über die Erfahrungen der ersten Monate, ihre Aufgaben und deren Grenzen spricht das Team der Vertrauensdozierenden der Fachschule für Sozialpädagogik im Interview.

Wie waren die ersten Erfahrungen in der Rolle als Vertrauensdozierende?

Ulrike Winkelmann: Wir haben uns nach der Wahl im Juni 2023 erstmal als Team neu zusammengefunden. Als langjährige Dozierende an der Fachschule für Sozialpädagogik bringt man natürlich eine Menge Erfahrung mit und kennt die Sorgen und Probleme der Studierenden. Aber in der neuen Rolle sind die schwierigen Themen natürlich noch einmal präsenter.

Tom Weller: Wir sind da am Anfang erstmal reingesprungen. Wir haben unsere neue Aufgabe auch als Testballon genommen. Fliegen wir eine Runde mit der neuen Brille als Vertrauensperson und schauen, wie es läuft und was uns auffällt. Der kollegiale Austausch im Team war uns von Anfang an wichtig.

Mit welchen Fragen kommen die Studierenden in der Regel zu euch?

Ulrike Winkelmann: Wichtig ist für unsere Arbeit die Vereinbarung, dass wir uns um die schulischen Belange kümmern. Prüfungsängste und Lernstress, Probleme mit Dozierenden oder mit dem Kurs. Wir unterstützen auch bei organisatorischen Fragen. Aber wir machen keine psychische Krisenintervention. Wenn jemand ganz generell niedergeschlagen oder verzweifelt ist, nicht mehr weiterweiß, da sind unsere Grenzen erreicht.

Heike Kallendorf-Schlotbohm: Genau, keine Krisenintervention, aber wir geben Unterstützung, empfehlen Ansprechpartner:innen und Adressen, wo sich die Studierenden in solchen Fällen beraten lassen können. Auch bei Problemen bei der Wohnungssuche oder beim Ankommen in Deutschland können wir natürlich nicht unmittelbar unterstützen, aber informieren und Hilfestellungen geben.

Tom Weller: Die Studierenden kommen etwa mit Zweifeln zu uns, ob sie die Ausbildung schaffen. Dann können wir die Möglichkeiten aufzeigen, die in der jeweiligen Situation helfen können. Prinzipiell machen das auch schon die Kurskoordinatorinnen und -koordinatoren. Wir sehen uns auch nicht als Konkurrenz zur Kurskoordination, sondern als Ergänzung. Die Studierenden haben mit uns zusätzlich noch mal drei weitere Dozierende, die sie zu Beratungszwecken kontaktieren können. Und manchmal kostet es vielleicht auch weniger Überwindung, einer Dozierenden ein persönliches Problem zu berichten, bei der oder dem man keinen Unterricht hat.

Ulrike Winkelmann: Dass wir in dieser Rolle nichts mit der Notengebung zu tun haben, vereinfacht die Gespräche sicherlich für manche. Wir stehen aber natürlich auch für Studierende aus unseren Kursen zum Gespräch bereit.



Die Vertrauenspersonen der SPI-Fachschulen (v. l.): Ulrike Winkelmann, Heike Kallendorf-Schlotbohm und Tom Weller.

Was motiviert euch bei eurer Tätigkeit?

Heike Kallendorf-Schlotbohm: Wir möchten die Studierenden darin bestärken, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und Probleme zu überwinden. Sie sollen Selbstwirksamkeit erfahren. Wir unterstützen das im Gespräch und machen Vorschläge, wie eine Lösung gelingen könnte.

Ulrike Winkelmann: Da sind wir im Herzen natürlich Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Ich habe schon vorher bei meiner Arbeit oft gemerkt, wie viele Päckchen die Leute zu tragen haben. Manche Studierende sind in der Scheidung, alleinerziehend oder von einer schweren Krankheit betroffen. Diese Umstände wirken sich natürlich auch auf die Ausbildung aus, das muss man sehen. Wir können jetzt ganz offiziell einen Raum anbieten, in dem diese Studierenden einfach über ihre Probleme reden können.

Tom Weller: Tatsächlich geht es manchmal einfach darum, dass jemand zuhört und man etwas loswerden kann oder einen Tipp bekommt, welche Beratungsstelle man etwa ansprechen kann.

Ulrike Winkelmann: Mir macht diese Arbeit großen Spaß, man bekommt viel zurück. Ich denke, das gilt für uns alle drei.

Die Schulsozialarbeit an der Pflegeschule der Stiftung SPI

Seit dem 1. Januar 2023 bietet das neue Team der Schulsozialarbeit den Auszubildenden der Pflegeschule der Stiftung SPI ein breitgefächertes und niedrigschwelliges Beratungs- und Bildungsangebot an. Für den Aufbau dieser Angebote konnten Agata Hnatowicz und Thomas Kantrowitz auf ihre langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse aus der Berliner Schulsozialarbeit zurückgreifen. Zu Beginn ihrer Tätigkeit mussten sie für das neue Angebot zunächst einmal Pionierarbeit leisten. Neben der Gestaltung der neuen Räume, der Bekanntmachung ihrer Angebote und dem Beziehungs- sowie Vertrauensaufbau in vielen Gesprächen stand die konzeptuelle Neuentwicklung der Schulsozialarbeit an einer Pflegeschule. Im ersten Jahr haben beide ihre Angebote ständig weiterentwickelt, immer wieder ausprobiert und an die Bedürfnisse der Auszubildenden angepasst. Sie bieten Workshops und Beratungen an, wobei die offene Sprechstunde in der Mittagspause besonders gut angenommen wird. Dass sich die Schulsozialarbeit an der Pflegeschule immer stärker etabliert, zeigt die wachsende Zahl an Beratungsgesprächen zu den unterschiedlichsten Themen.

Die häufigsten Anliegen, mit denen sich die Auszubildenden an die Schulsozialarbeiter:innen wenden, betreffen organisatorische und rechtliche Fragen. Viele der Auszubildenden kommen aus Drittstaaten wie Vietnam oder aus verschiedenen afrikanischen Staaten. Sie haben häufig mit Problemen wie dem Aufenthaltsrecht, der Zeugnisanerkennung und anderen bürokratischen Hürden zu kämpfen. Dazu kommen Fragen zu Strukturen in der Schule und zur Orientierung in der neuen Stadt Berlin, die besonders in der Anfangszeit der Ausbildung wichtig sind.

Im Laufe der Ausbildung verschieben sich die Schwerpunkte der Anliegen. Themen wie Wohnraum und Probleme mit den Praxisstellen rücken in den Vordergrund. Ein besonders großes Thema sind psychische Belastungen, die häufig in Form von psychosozialer Beratung und Entlastungsgesprächen bearbeitet werden. Agata Hnatowicz und Thomas Kantrowitz betonen, dass ihre Arbeit oft in der Unterstützung und Orientierung der Auszubildenden im Alltag und ihrer Lebenswelt besteht. Das ist besonders für Auszubildende wichtig, die ohne ihre Familie nach Berlin gekommen sind.

Agata Hnatowicz und Thomas Kantrowitz haben die Schulsozialarbeit aufgebaut.

Ein zentrales Ziel der Schulsozialarbeit ist es, die Auszubildenden zu stabilisieren und sie erfolgreich durch die Ausbildung zu begleiten. Dabei geht es nicht nur darum, Ausbildungsabbrüche zu verhindern, sondern auch den Auszubildenden dabei zu helfen, sich langfristig auf die Arbeit in der Pflegebranche vorzubereiten und ihr Leben in Berlin gut zu meistern. Die Schulsozialarbeiter:innen fungieren auch als Vermittler und Anwälte der Auszubildenden, insbesondere wenn es um Missstände in den Praxisstellen oder um Probleme mit Diskriminierung und Überbelastung geht.

Gerade für Menschen, die für ihre Ausbildung neu nach Berlin gekommen sind, ist es häufig schwierig, neben Schule und der Praxisarbeit soziale Kontakte zu knüpfen. Das Team der Schulsozialarbeit sieht deshalb weiteres Entwicklungspotenzial in der Förderung von Gemeinschaft und Begegnung innerhalb der Schule, um die Vernetzung der Auszubildenden untereinander zu erleichtern. Denn in diesen drei Jahren Schul- und Berufsausbildung werden Fähigkeiten erlernt und Kontakte geknüpft, die im besten Fall ein Leben lang bestehen bleiben.

Was die positive Resonanz auf das Engagement der Schulsozialarbeiter:innen an der Pflegeschule der Stiftung SPI zeigt: Der Start ist in vielfacher Hinsicht geglückt.



Von der internationalen Jugendarbeit zum Modellprojekt „Internationalisierung sozialer Träger“

Im Jahr 1995 veranstaltete die Stiftung SPI in Brandenburg erstmalig die Jugendkulturtage. Das damals noch bilaterale Jugendtreffen zwischen jungen Menschen aus Polen und Deutschland sollte vor allem dem künstlerischen Nachwuchs die Möglichkeit geben, sich mit Gleichgesinnten zu treffen. Kunst sollte dabei entstehen und Verbindungen geknüpft werden. Es ging um das gemeinsame Arbeiten und Feiern. Die Atmosphäre sollte offen und kreativitätsfördernd sein. Das Erlernen von Toleranz und gegenseitigem Respekt waren weitere Ziele. Es sollte Spaß machen, sich gemeinsam mit anderen an Kunst und Kultur zu versuchen. Ob und welche Kenntnisse jemand in einem Bereich hatte war nicht vorrangig wichtig. Wichtig war vielmehr zu erfahren, was man in wenigen Tagen gemeinsam erreichen kann.

Das war für die Stiftung SPI die Geburtsstunde der Beschäftigung mit der internationalen Jugendarbeit im Land Brandenburg. Noch immer werden die Jugendkulturtage alle zwei Jahre ausgerichtet. Seit 2008 sind sie trinational mit Partnereinrichtungen aus Litauen und insgesamt rund 220 Teilnehmenden. Mit den über die Jahre gewachsenen Verbindungen nach Polen und Litauen entwickelten sich parallel Jugendbegegnungen in den Partnerländern. Netzwerke wurden geknüpft, internationale Fachkräftetreffen ermöglichten es Mitarbeitenden, das eigene Handeln, Angebote und Strukturen zu reflektieren und zu erweitern. Heute gehört internationale Jugendarbeit zu unseren standardisierten Angeboten in unseren Freizeittreffs und Jugendclubs. Dies ist nicht zuletzt möglich durch das stetig wachsende Netzwerk an Partnereinrichtungen in Polen, Frankreich, Kroatien, Litauen und Griechenland.



Unter dem Motto „Together, today, tomorrow“ trafen sich rund 200 Teilnehmer:innen zu den Jugendkulturtagen 2022 in Blossin.

Im Jahr 2023 wurde die Stiftung SPI als sozialer Träger im Land Brandenburg vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport für einen Modellversuch ausgewählt. Bis 2026 wird nun erprobt, welche Schritte nötig und möglich sind, um dieses Selbstverständnis internationaler Jugendarbeit auch in der Schulsozialarbeit, den Mehrgenerationshäusern, den Kindertagesstätten sowie den Projekten für Menschen in multiplen Problemlagen zu übertragen. Mit Unterstützung eines externen Coaches geht es nun daran mögliche Wege zu identifizieren, über Fachkräfteexkursionen, Sprachkurse, Kurse in interkultureller Kompetenz und einer strategischen Fördermittelplanung ein Verständnis für interkulturelle Arbeit zu schaffen, welches zukünftig ein selbstverständlicher Baustein in den Angeboten der Stiftung SPI im Land Brandenburg sein wird.

Wir sind überzeugt davon, dass durch internationale Begegnungen, durch den Austausch von Ideen, Kulturen und Perspektiven zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern nicht nur das interkulturelle Verständnis und die Toleranz gegenüber anderen Kulturen wächst. Auch die persönliche Entwicklung der beteiligten Jugendlichen wird vorangebracht, indem die Begegnungen das Selbstbewusstsein stärken, die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit fördern und neue Erfahrungen und Perspektiven bieten.

Am Ende dieses zweijährigen Modellversuches gilt es Gelingensfaktoren zu evaluieren, wie sich soziale Träger aufstellen müssen und welche Strukturen es braucht, um Internationalisierung erfolgreich als Strategie zu implementieren. Die Erkenntnisse dieser Modellphase werden anschließend für andere Träger nutzbar und zugänglich aufbereitet.



Kreativität und handwerkliches Geschick zeigten die Jugendlichen beim Ukulelen-Workshop.



Im Upcycling-Workshop fertigten die Teilnehmer:innen Accessoires und Mode aus vermeintlichen Abfallprodukten an.



Zum Abschluss der dreitägigen Veranstaltung hinterlassen die Jugendlichen ihre Botschaften auf einer großen Leinwand.



Die Teilnehmer:innen des Band-Workshop zeigen, was sie gemeinsam erarbeitet haben.



Gestaltung mit der Sprühdose beim Graffiti-Workshop

Perspektiven trotz Schulverweigerung: Die Lernwerkstätten der Stiftung SPI

Bildung ist der zentrale Schlüssel für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Doch an den Schulen gelingt es nicht immer, alle Kinder und Jugendlichen einzubinden. Eine wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern verweigert sich dem Unterricht aktiv oder passiv. In letzter Konsequenz müssten diese Jugendlichen nach zehn Pflichtschuljahren ohne Abschluss abgehen, was weitreichende Folgen für ihr ganzes späteres Leben hätte. Hier herrscht großer Handlungsbedarf, denn unsere Gesellschaft kann und sollte es sich nicht leisten, auch nur einen Jugendlichen zurückzulassen. Die Lernwerkstätten der Stiftung SPI setzen deshalb dort an, wo Schule allein nicht weiterführt.

Fragt man nach den Ursachen der Schulverweigerung, so finden sich häufig Umstände, die die jungen Menschen selbst nicht beeinflussen können. Die Zukunftsperspektiven sind eng verknüpft mit den Sozialisationserfahrungen und aktuellen Lebensumständen in Familie, Schule und Freizeit. In vielen Familien finden sich soziale Problemlagen, die diese Perspektiven erheblich einschränken können. Um komplizierte Lebenssituationen zu bewältigen, brauchen Kinder und Jugendliche materielle, kulturelle und soziale Kompetenzen, die es zu entwickeln und zu stärken gilt. Fehlen diese Ressourcen, bedeutet das für die Kinder und Jugendlichen eine Einschränkung von Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten. Doch auch diese Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, auf die Verwirklichung ihrer Ideen sowie auf Perspektiven für eine eigenverantwortliche und individuelle Lebensgestaltung. Das Ziel der Lernwerkstätten der Stiftung SPI in Brandenburg ist deshalb klar: Jeder Jugendliche braucht einen Schulabschluss, eine Ausbildung und Einblick in die Arbeitswelt.

In Brandenburg gibt es dazu derzeit dreizehn Lernwerkstätten in Trägerschaft der Stiftung SPI, die seit mittlerweile zwanzig Jahre an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe arbeiten. In drei Projektausrichtungen werden Grundschulkinder, Schüler:innen der 7. und 8. Klassen am Standort Schule sowie Jugendliche ab der Jahrgangsstufe 9 schulextern begleitet. In den schulintegrierten Projekten liegt der Schwerpunkt auf der Prävention von Schuldistanz. Die schulexternen Projekte konzentrieren sich auf die Berufsorientierung und bieten einen hohen Praxis- und Werkstattanteil sowie die Orientierung hin zum Übergang in ein Ausbildungsverhältnis.

Im Interview spricht die Leiterin der Fachgruppe Bildung und Projektleiterin der Lernwerkstatt „Kopfstütze“ in Oranienburg, Dorothea Prossel, über ihre Arbeit.

Was sind die wichtigsten Gründe, aus denen sich Jugendliche der Schule verweigern?

Dorothea Prossel: Zugespitzt könnte man sagen, dass das Schulsystem Jugendliche am Gipfel ihrer persönlichen Sinnsuche davon begeistern muss, einen Ort zu besuchen, an dem ihnen unter oft ungünstigen Lernbedingungen Wissen von gestern für eine Zukunft von morgen vermittelt werden soll. Dabei sollen sie sich möglichst angepasst verhalten und ihre individuellen Bedürfnisse in den Hintergrund rücken. Das kann einfach nicht für alle funktionieren. Im privaten Umfeld betroffener Kinder gibt es oft nur wenige belastbare Vorbilder. Hinzu kommen persönliche Krisen. Manchmal haben sich Eltern getrennt oder es sind wichtige Personen verstorben. Häufig gibt es Mobbing- oder Abwertungserfahrungen, die unbehandelt dazu führen können, dass sich Schulangst entwickelt. Und dann gibt es auch einfach Familien, in denen Kindern wenig Kapazitäten für die Schule bleiben, weil viele Aufgaben übernommen werden müssen. Auch Konsum ist definitiv ein Thema, etwa massives Computerspielen. Was alle Kinder und Jugendlichen in unseren Lernwerkstätten gemeinsam betrifft, sind Schwierigkeiten, sich gut auf die Schule konzentrieren zu können. In Phasen von Perspektivlosigkeit wird Schule oft uninteressant. Scheinbar bringt es nichts, dort zu lernen, weil man glaubt, das Wissen ohnehin nie wieder zu brauchen. Das ist vielleicht nicht mal falsch, aber Schule ist ja auch ein Ort der Sozialisation, wo Konflikte ausgehandelt werden, Freundschaften geschlossen und Selbstbehauptung gelernt wird. Fehlende Sozialisationserfahrungen können zu Schuldistanz führen, wenn jemand das Gefühl hat, nicht zu passen, nicht dazuzugehören oder niemanden zu finden, der so ist, wie man selbst.



■ Was lebt in meiner Bodenprobe? Lebensnahe Experimente erleichtern das Lernen.

Wie geht ihr in den Lernwerkstätten mit diesen schwierigen Lebenssituationen um?

Wir gehen in den Projekten immer erstmal davon aus, dass die Jugendlichen aus einem guten Grund handeln. Das finden wir Erwachsenen vielleicht nervig oder unsinnig, für die Jugendlichen ist es aber total logisch. Es ist daher wichtig, die jungen Menschen ernst zu nehmen und ihnen authentisch das Gefühl zu vermitteln, an ihrer Seite zu stehen. Das ist entscheidend für einen ersten Vertrauensvorschuss, mit wem wir gemeinsam erforschen können, was die Ursache für das Verhalten ist. Das können die Schüler:innen selbst oft nicht genau benennen. Wir suchen gemeinsam nach Worten, dolmetschen für Eltern und Lehrkräfte und schaffen so eine konstruktive Grundstimmung. Das gelingt nicht zuletzt durch den guten Betreuungsschlüssel in unseren Lernwerkstätten und Lerngruppe+-Projekten. So wird es möglich, nahbar zu sein, sich Zeit für die Zwischentöne zu nehmen und individuelle Angebote zu schaffen. Sobald wir eine passende Idee für erfolgreiche Interventionen haben, können wir gemeinsam mit allen Beteiligten anfangen zu handeln. Es ist wie bei einem Mobile: Wenn ein Teil schwingt, bewegen sich automatisch auch alle anderen.

Wie sieht die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen konkret aus?

Ziel der Lernwerkstätten ist es, durch individuelle Förderung und Begleitung in einem begrenzten Projektzeitraum die Teilnahme am regulären Unterricht zu ermöglichen. Die Schülerinnen und Schüler bekommen die Möglichkeit, ihre Kenntnisse zu erweitern und die Stärken ihrer Persönlichkeit neu zu entdecken. In unserer Lernwerkstatt „Kopfstütze“ starten wir die Woche mit einer gemeinsamen Morgenrunde, erzählen vom Wochenende und geben uns Ziele für die Woche. Dann folgen in unterschiedlichen Anteilen Lernzeiten in der Kleingruppe, bei den schulintegrierten Projekten finden sie in der Regelklasse statt. Wichtig ist der Wechsel zwischen sozialen Trainingszeiten und schulischem Lernen. Wir kochen dienstags zusammen und essen gemeinsam, oft mit den Schulsozialarbeitenden, so entstehen gute Kontakte für die Zeit nach der Projektteilnahme. Donnerstags orientieren sich die Projekte an den Bedürfnissen der Gruppe. Die Jugendlichen wünschen sich häufig Freizeitunterhaltung. Unser Fokus liegt dabei auf der Stärkung sozialer Kompetenzen, auf Toleranz und Vielfalt sowie Demokratiebildung. Freitags treffen wir uns wieder in großer Runde und werten die Woche gemeinsam aus. Für die Unterrichtsanteile stellt das Schulamt Lehrkräfte zur Verfügung.



■ Beim gemeinsamen Floßbau sind handwerkliche Fertigkeiten gefragt.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten im System Schule aus?

Erste Ansprechpartner:innen sind natürlich die Erziehungsberechtigten. Viele wollen die Situation ihrer Kinder zum Besseren ändern und wir unterstützen sie darin, sich in der Erziehung mehr Konsequenz zuzutrauen. Rund um die Schuldistanz verfestigen sich in Familien oft Verhaltensmuster, die schwer zu durchbrechen sind. Wir erleben immer wieder große Vorbehalte gegenüber Jugendämtern und anderen Beratungsstellen. Dabei haben Eltern und



Gemeinsam auspowern, Spaß haben und Teamgeist erleben im Drachenboot.

Kinder ein Recht auf Beratung. Durch einen guten Zugang zu den Eltern können wir die Verfahren vorher erklären und so Vorbehalte abbauen. Sehr wichtig ist für uns die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kooperationsschulen, die über die Jahre gewachsen ist. Die sozialpädagogischen Ansätze sind oft ganz anders als schulische Interventionen. Lehrkräfte haben oft schon viel probiert, bevor sie sich an uns wenden. Wenn wir mit unseren Ansätzen Erfolge erzielen, ist das auch für sie herausfordernd. Wir sind deshalb große Fans von multiprofessionellen Teams, das ist bereicherndes Arbeiten für alle Beteiligten und weitet den Blick. Schließlich kooperieren wir mit den zuständigen staatlichen Schul- und Jugendämtern. Ein- bis zweimal pro Schuljahr kommt der Projektbeirat zusammen. In dieser Steuerungsrunde werden Perspektiven für einzelne Jugendliche beraten, aber auch die inhaltliche Ausrichtung allgemein sowie eventuelle Anpassungen und Herausforderungen.

Zum Abschluss: Was sind die schweren Momente, was ist besonders schön?

Schwer auszuhalten ist, wenn Kinder und Jugendliche schon so abgedriftet sind, dass wir sie trotz aller Bemühungen nicht mehr erreichen können. Es kommt vor, dass nach Momenten guter Zusammenarbeit eine neue Herausforderung kommt und alles mühevoll erarbeitete wieder zusammenbricht. Für uns Fachkräfte ist das extrem frustrierend, aber wir haben den kollegialen Austausch und die Supervision. Für die Jugendlichen können wir nur hoffen,



Besuch im BMW Motorradwerk Berlin.

dass im kritischen Moment Menschen da sind, die sie auffangen. Mit gewissem Abstand können das auch wieder die Lernwerkstätten sein. Unsere Klarheit und Konsequenz finden sie zwar gelegentlich richtig doof, aber gleichzeitig erinnern sie sich oft daran, dass wir verlässliche Ansprechpartner:innen waren und finden den Weg zurück.

Das sind dann die positiven Erfahrungen. Es ist ein gutes Gefühl, wenn man neue Perspektiven und Ideen fürs Leben mitgeben kann, erfolgreich Strategien erarbeitet hat, wie der Schulbesuch wieder gelingen kann oder in verzwickten Familiensituationen unterstützt hat. Wir erinnern uns sicher an Personen aus unserer Schulzeit, die für uns einen Unterschied gemacht haben. Nach fast 20 Jahren Erfahrung mit dieser Arbeit können wir heute sagen, dass wir diesen Unterschied im Leben unserer Jugendlichen oft gemacht haben.

DivAirCity: Spielerische Beteiligung und Umweltbildung in Potsdam

17 Schülerinnen und Schüler sitzen still im Computerraum der Potsdamer Gesamtschule am Schilfhof, nur das Klacken der Tastaturen an den Rechnern ist zu hören. Die Stille wechselt sich ab mit Wortwechseln, manchmal auch freundlichen Beschimpfungen, weil jemand wieder dem Avatar eines Spielers den Weg verbaut hat. In der Gaming AG unter der Leitung von Danny Schwanbeck entwickeln die Schüler:innen Ideen zur Gestaltung eines Bürgerhauses und bauen ihre Modelle mit Minetest, der Open-Source-Version des beliebten Spiels Minecraft.

Die Gaming AG erreicht die Schüler:innen der 7. bis 10. Klasse über ein Format, das die meisten aus ihrer Freizeit gut kennen. Minetest bietet vielfältige Möglichkeiten, um das Spielen mit der Gestaltung der realen Umwelt zu verknüpfen. Tiefe Keller und Rückzugsräume, Dachgärten mit Apfelbäumen oder grüne Innenhöfe und großzügige Wasserbecken sind dabei im virtuellen Bürgerhaus am Schlaatz von den Spielerinnen und Spielern gebaut und angelegt worden. Tim Spotowitz und Andrea Schneider vom realen Bürgerhaus wollen sich von den präsentierten Ergebnissen bei der geplanten Sanierung des Gebäudes inspirieren lassen. Die Ideen der Schüler:innen sollen beim späteren Umbau mit einfließen.

So wie an diesem Montagnachmittag ist bei dem EU-geförderten Projekt DivAirCity die Beteiligung unterrepräsentierter Personen Ausgangspunkt der Konzeptentwicklung. Das Thema Umwelt wird mittels kreativer und künstlerischer Kommunikation erschlossen und Ideen und Wünsche zur Stadtplanung spielerisch erarbeitet. Dabei entstehen beispielsweise Konzepte zur Entwicklung von Stadtgrün, durch das die Luftqualität, das Mikroklima und die Biodiversität verbessert und zudem Gesundheit und Wohlbefinden der Bewohner:innen gefördert werden.

Zum Projektauftakt entstand im Rahmen des Festivals „Verläufe“ eine Ausstellung von Kunst im öffentlichen Raum. Drei Künstler:innen setzten sich mit dem Rechenzentrum Potsdam sowie den globalen und lokalen Wechselwirkungen zwischen diesem urbanen Ort und dem Klimawandel auseinander. Mit der Arbeit „Wässrige Kartierungen“ konfrontierte Lea Wittich Passantinnen und Passanten mit dem Thema Wasser und Wasserknappheit. In der Performance „Flutung“ wurden Pflanzen in einem ausgetrockneten Kanal mit Wasser aus der Havel betropft. Bei „Bewässerung – die neue Plantage“ nutzte die Künstlerin einen Schlauch, um Kondenswasser aus ihrer Atemluft zu sammeln und damit die Wurzeln alter Lindenbäume mit Wasser zu benetzen.



Performance „Bewässerung – die neue Plantage“ von und mit Lea Wittich. © Kristina Tschesch



Performance „Flutung“. © Kristina Tschesch

NIEDERLASSUNG BRANDENBURG

Als nächstes größeres Projekt ist der Video-Workshop „We ♡ Schlaatz“ in Zusammenarbeit mit der Medienwerkstatt Potsdam geplant. Frauen und Mädchen zwischen 12 und 20 Jahren können dabei unter professioneller Anleitung 60-Sekunden-Filme produzieren. Das Thema wird der Außenraum des Potsdamer Stadtviertels Schlaatz sein. Wie nehmen Mädchen und Frauen im jugendlichen Alter den Außenraum in ihrem Kiez wahr? Welche Qualitäten sind für sie relevant und wichtig? Die Teilnehmerinnen lernen im Workshop, wie man Videos aufnimmt und schneidet, sie produziert und was man technisch und datenschutzrechtlich beachten muss. Wir hoffen wieder auf eine Atmosphäre aus konzentrierter Stille, leisem Klicken und ausgelassenen Wortwechseln.

DivAirCity

Das Projekt DivAirCity wird von der Europäischen Kommission im Rahmen von Horizont 2020 gefördert, dem Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation. Insgesamt 24 europäische Projektpartner:innen setzen DivAirCity in fünf Pilotstädten um, neben Potsdam in Aarhus (Dänemark), Bukarest (Rumänien), Castellon (Spanien) und Orvieto (Italien). In Potsdam wird das Projekt gemeinsam mit Creative Climate Cities, dem Hasso-Plattner-Institut (HPI) und der Charité realisiert. DivAirCity ist 2021 gestartet und läuft noch bis 2025. Umgesetzt wird das Projekt am Rechenzentrum Potsdam und im Potsdamer Stadtteil Schlaatz.



■ Mit dem „Zukunftsböxli“ können die Teilnehmer:innen sich dem Thema Biodiversität spielerisch nähern. © Frauke Röth

30 Jahre Erfahrung in der Unterstützung bei Suchtproblemen:

Die Suchtberatung STAB in Pankow



■ Teambesprechung im Freien (v. l.): Liane Laban, Susanne Möhring und Thomas Knuf.

Sucht hat kein Gesicht – Abhängigkeit kann Ärzte genauso betreffen wie Managerinnen, prekär Beschäftigte oder Mütter, Junge und Alte. „Sucht zieht sich durch die gesamte Gesellschaft. In jeder Beratungsstelle und Therapieeinrichtung findet man Menschen aller Geschlechter aus allen Schichten und Berufen“, erklärt Suchttherapeut Thomas Knuf. Er leitet das insgesamt zehnköpfige Team der Suchtberatung STAB. Seit 1981 ist STAB in Berlin-Pankow Anlaufstelle für Menschen, die Probleme mit dem Konsum legaler Substanzen wie Alkohol und Medikamenten haben. Seit 1994 befindet sich die „Sucht-Therapie-Anlaufstelle Berlin“ in der Trägerschaft der Stiftung SPI.

Wer hier Unterstützung sucht, wird bei STAB individuell beraten, unabhängig von Alter und Geschlecht, kulturellem Hintergrund und sexueller Identität oder Orientierung. Die Beratungsstelle klärt die persönliche Situation und unterstützt bei der Antragstellung zur Suchttherapie. Die Berater:innen vermitteln bei Bedarf zur ambulanten Entgiftung, zu Fachärztinnen und -ärzten sowie zu Selbsthilfegruppen. Zudem unterstützt STAB Betroffene und deren Bezugspersonen bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen sowie bei Finanz- und Wohnungsproblemen. Nicht zuletzt stehen die Suchtberater:innen den Betroffenen in persönlichen Krisensituationen zur Seite. Die Nachfrage ist groß, doch zugleich hält die finanzielle Ausstattung für die Beratungsstellen durch die Bezirke und das Land Berlin mit den steigenden Personal- und Sachkosten nicht Schritt.

Verschärfend hat die Corona-Pandemie im Konsumverhalten vieler Menschen als ein Katalysator gewirkt. Wer schon zuvor psychischen Druck mit Alkohol zu kompensieren versuchte, verlor in der Abgeschiedenheit des Home-Office sowie durch Belastungen wie Home-Schooling und ganztägige Kinderbetreuung schneller die Kontrolle über den eigenen Konsum. Durch die allgemeine Belastung haben viele Betroffene das Trinken in dieser Zeit erst richtig „gelernt“.

„Die Kraft der Gruppe“ – Ambulante Therapie bei der Suchtberatungsstelle STAB

Für die Betroffenen bietet STAB neben der Beratung eine ambulante Entwöhnungsbehandlung in wöchentlicher Gruppen- und Einzeltherapie an. Die etwa 18 Plätze stehen vor allem für Menschen mit Suchthintergrund zur Verfügung, die beruflich und sozial gut eingebunden sind und denen zugetraut werden kann, dass sie eine Abstinenz im Alltag auch Rückfällen zum Trotz halten können.

Um die notwendigen Voraussetzungen zu klären, nehmen Kandidatinnen und Kandidaten zunächst an den Motivationsgruppen teil. Dabei kommt es auch auf die Persönlichkeiten an: „Wir können im Vorfeld klären, ob die Person von der Gruppe profitiert und auch, ob die Gruppe von der Person profitieren kann“, erklärt die Systemische Therapeutin Liane Laban. Bei dieser Einschätzung, aber auch im Therapiealltag ergänzen sich die Mitglieder des multidisziplinären Teams der STAB. Sie vereinen verschiedene fachliche Qualifikationen und Ausbildungen auf verhaltenstherapeutischer und psychoanalytischer Basis. Wichtig für eine erfolgreiche Arbeit ist für das STAB-Team der regelmäßige kollegiale Austausch. „Dadurch können wir vermeiden, dass bei der Arbeit mit unseren Klientinnen und Klienten blinde Flecken entstehen“, sagt Therapeut Detlef Barth. Nur durch Vertrauen kommen Klientinnen und Klienten in die Lage, Widerstände zu überwinden, sich im Gespräch zu öffnen und das zu erfahren, was die Suchttherapeutin Susanne Möhring die „Kraft der Gruppe“ nennt: „Wenn jemand sagt: Ich verstehe, wie es dir geht,



Thomas Knuf und Patricia Brückner.

denn ich habe das auch durchgemacht. Wenn sich die Teilnehmer:innen im Gespräch öffnen, kann das auch bei anderen in der Gruppe etwas Positives auslösen."

Dass dieser Ansatz Wirkung entfaltet, zeigt die Beobachtung von außen. Vor ihrer Zeit bei STAB bemerkte Psychologin Maria Wendt dies bei Informationsgesprächen mit Klientinnen und Klienten in einer Suchtklinik: „Auffällig war für mich, dass sich nur Personen an die Namen ihrer Suchtberater:innen erinnern konnten, die vorher bei der Stiftung SPI gewesen sind. Für die war insbesondere STAB ein ganz fester Ankerpunkt."

Die langfristigen Erfolge der ambulanten Entwöhnung sind nicht immer so sichtbar wie bei dem Fall, den Projektleiter Thomas Knuf erst vor wenigen Tagen erlebt hat. Ein ehemaliger Klient, der die ambulante Therapie vor zehn Jahren durchlaufen hat, wollte mal wieder vorbeischauen. „Er hat nochmal sehr deutlich geschildert, mit wie vielen Ängsten und Zweifeln er hier angekommen ist, und wie er nach 18 Monaten gestärkt hier rausgegangen ist. Der Mann lebt seit zehn Jahren ohne Alkohol, ist zufrieden mit sich und seiner Familie."

Durch eigene Motivation zum selbstbestimmten Konsum: Die Trinkreduktionsgruppe

Ein wichtiger Schritt für die Arbeit der STAB war 2012 die Hinwendung zur zieloffenen Suchtarbeit. Das Abstinenzparadigma war damit nicht mehr die alleinige Grundlage der Arbeit. Vielmehr werden die Klientinnen und Klienten durch professionelle Begleitung dabei unterstützt, selbst ihre individuellen Konsumziele zu definieren und mit eigener Motivation darauf hinzuarbeiten. Für Menschen, die dabei nicht das Ziel der Abstinenz verfolgen möchten, bietet die STAB seit 2015 die Trinkreduktionsgruppe an, die seitdem sehr gut angenommen wird. Für Menschen, die einen sozial und gesundheitlich vertretbaren Konsum anstreben, werden in der Gruppe Strategien und Techniken für einen selbstbestimmten Umgang mit Substanzen angeboten.

Dass es bei dieser Gruppe nicht um „betreutes Trinken" geht, ist Projektleiter Thomas Knuf wichtig zu verdeutlichen. Wer sich für die Gruppe entscheidet, muss bereit sein, klare Leitplanken für den zukünftigen Konsum festzulegen und überzeugend daran arbeiten, diese auch einzuhalten. Die Erfahrung zeigt, dass die Gruppe für viele Teilnehmer:innen den Weg zu einem gesunden und selbstbestimmten Leben weisen kann. Andere kommen durch eigene Erfahrung zu der Einsicht, dass sie intensivere Maßnahmen benötigen, um ihren Konsum in den Griff zu bekommen.

Gruppenmorderatorin Patricia Brückner erklärt, dass es für die neuen Mitglieder anfangs darum geht, erstmal anzukommen und sich zu orientieren. Sie werden dabei unterstützt, ihren Konsum selbstverantwortlich zu messen und zu analysieren: Welche Muster gibt es? Was sind die auslösenden Faktoren für den Konsum? Diese Selbstkontrolle ist ein zentrales Element des Programms und bildet die Basis für individuelle Strategien und die Planung realistischer Schritte zur Kontrolle des Konsums. Es sei besonders wichtig, dass die individuellen Zielstellungen realistisch gesteckt würden, erklärt Thomas Knuf. Denn Demotivation durch Rückschläge müsse so weit wie möglich verhindert werden. Motivation und Selbstvertrauen sind die Basis für die Veränderung des Konsumverhaltens.

Suchtberatung und ambulante Reha sowie Nachsorgebehandlungen bieten wir auch in den Bezirken Reinickendorf, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg an.

Suchtberatungsstellen

Drogenberatung Nord
Suchtberatung Friedrichshain
Suchtberatung Hohenschönhausen
Suchtberatung Lichtenberg
Suchtberatung STAB Pankow
Glücksspielberatung Deck24

BEW Lichtenberg:

Spezielle Unterstützung für suchtbelastete Eltern und deren Kinder

Die Nachfrage nach Plätzen im Betreuten Einzelwohnen (BEW) steigt im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg seit Jahren. Entsprechend werden die Wartezeiten bis zur Aufnahme der hilfesuchenden Klientinnen und Klienten immer länger. Dieser Befund aus der Praxis wurde im Jahr 2023 durch eine Abfrage in der AG-Sucht und der Steuerungsrunde beim Teilhabefachdienst (THFD) des Stadtbezirks Lichtenberg bestätigt. Gewachsen ist in diesem Zusammenhang auch der spezielle Betreuungsbedarf von Familien oder alleinerziehenden Eltern mit Suchthintergrund, wie die zahlreichen Anfragen aus den Beratungsstellen und dem Jugendamt an das BEW Lichtenberg der Stiftung SPI zeigten und zeigen. Die Antwort auf diese wachsenden Herausforderungen war die Entwicklung eines speziellen Angebotes des BEW, das sich an die besonderen Hilfebedarfe der Klientinnen und Klienten sowie deren minderjährige Kinder richtet.

Besondere Belastungen erkennen

Eltern mit Suchterkrankungen und/oder anderen psychischen Erkrankungen sind in ihrem Alltag häufig stark belastet. Viele wollen gute Eltern sein, sind aber von der vorhandenen Unterstützung, die sie dazu bräuchten, regelrecht abgeschnitten. Der Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten der Suchthilfe fällt ihnen schwer, was durch Schwellenängste bedingt und verstärkt wird. Oft fühlen sie sich in ihrer Lage missverstanden und überfordert. Dies führt bei den Betroffenen vielfach zu Scham und Rückzug, auch Ausgrenzung durch ihre Umgebung kann eine Folge sein. Dies führt in der Folge dazu, dass viele noch weniger in der Lage sind, ihrer Elternrolle gerecht zu werden.



Bezugsbetreuer Kenny Loyda im Beratungsgespräch.



Projektleiterin Katrin Behrend

Erschwerend kommt hinzu, dass Suchterkrankungen oftmals mit einer Depression oder anderen psychischen Belastungen einhergehen. Nicht selten haben Betroffene selbst mit Elternteilen gelebt, die unter psychischen Erkrankungen gelitten haben. Durch die daraus entstehenden frühkindlichen Bindungsstörungen kann es dann zu einem Kreislauf der Überforderung und einer Übertragung auf die nächste Generation kommen.

Gute Eltern, schlechte Eltern?

Die Arbeit mit suchtbelasteten Eltern zeigt, dass sie nicht als schlechte Eltern betrachtet werden können. Wenn es ihnen gelingt, Hilfe anzunehmen und ihre vielfältigen Sorgen und Problemlagen zu bearbeiten, können sie ihren Kindern stabile und verlässliche Eltern sein. Trotz der eigenen Belastungen sind sie prinzipiell in der Lage, liebevoll und angemessen zu erziehen. Notwendig ist allerdings eine Aufklärung der Eltern darüber, inwieweit der regelmäßige Konsum von Alkohol und/oder Drogen Auswirkungen auf die Kinder und damit die gesamte Familie hat. Die professionelle Unterstützung bei der Bearbeitung der verschiedenen Problemlagen spielt eine wesentliche Rolle im weiteren Verlauf und hilft, potenzielle Gefährdungen der Kinder abzuwenden oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Zugänge erleichtern, Eltern unterstützen

Durch das Bezugsbetreuersystem wird jedem Klienten und jeder Klientin eine feste Ansprechperson an die Seite gestellt. Diese suchen die Klientinnen und Klienten zuhause auf, begleiten zu Ämtern und Behörden und informieren und beraten zu allen Lebensbereichen. Ein zentrales Ziel der Betreuung ist es, regelmäßig zur aktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Krankheit zu motivieren. Ebenso ist es wichtig, die soziale Grundsicherung der Betroffenen zu gewährleisten. Sie werden dazu und darüber hinaus bei ihren behördlichen Belangen unterstützt. Wichtig ist auch die vermittelnde Rolle zu Anspruchsgruppen wie Vermietern, Gläubigern, Behörden und anderen Institutionen. Auf der einen Seite geht es darum, über die besondere Lage und speziellen Hemmnisse der Eltern aufzuklären und ein Verständnis zu erzielen. Auf der anderen Seite muss deren aktive Teilnahme an den Vorgängen motivierend eingefordert werden. So kann häufig eine Verschlechterung der Gesamtsituation von Eltern und Kindern verhindert werden, indem etwa Obdachlosigkeit, weitere Schulden sowie andere soziale und emotionale Probleme abgewendet oder gemildert werden.

Bei der Arbeit mit suchtbelasteten Eltern nimmt die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Jugendamt eine Schlüsselrolle ein. Hier gilt es, Vorbehalte und Ängste abzubauen und deutlich zu machen, dass die Mitarbeiter:innen des Jugendamts zum Schutz des Kindeswohls zwar zu weitreichenden Maßnahmen berechtigt sind, genauso aber auch eine unterstützende Rolle haben. Das BEW nimmt hier eine Mittlerrolle ein, um gegenseitiges Verständnis zu fördern. Wichtig ist es dann, die Eltern zu motivieren, trotz emotionaler Rückschläge weiter an positiven Veränderungen zu arbeiten. Wir informieren die Betroffenen über ihre Rechte, aber auch die Pflichten zur Mitwirkung. Durch Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes kann eine Annäherung beider Parteien angeregt werden. Diese Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit hat sich im Stadtbezirk Lichtenberg schon nach kurzer Zeit bezahlt gemacht und verbessert das Zusammenspiel aller beteiligten Seiten.

Für Menschen mit verschiedenen Suchtproblematiken bieten wir in den Bezirken Reinickendorf, Pankow, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg zahlreiche Angebote. Zu unseren Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe (§§ 78 und 81 SGB IX) zählen neben dem Betreuten Einzelwohnen auch Tagesstätten, Wohnprojekte und Psychosoziale Betreuung bei Substitution.

Betreutes Einzelwohnen für Suchtkranke

BEW Friedrichshain
BEW Lichtenberg
BEW Lichtenberg für suchtbelastete Eltern
BEW Pankow
BEW Treptow-Köpenick für suchtbelastete Frauen
BEW/PsB Reinickendorf

Tagesstätten für Suchtkranke

Flexible Tagesstätte Tagwerk Reinickendorf
Tagesstätte Friedrichshain
Tagesstätte Hohenschönhausen
Tagesstätte Lichtenberg
Tagesstätte Pankow

Wohnprojekte für Suchtkranke

Therapeutische Wohngemeinschaft Übernberg
Therapeutischer Wohnverbund Arche

Haus Strohhalm – Ein Raum für wohnungslose Menschen

Das Haus Strohhalm in Berlin-Schöneweide bietet wohnungslosen Menschen eine Unterkunft und zumindest temporär ein neues Zuhause. Eine Besonderheit der Einrichtung ist die für diesen Einrichtungstyp intensive Betreuung der Bewohner:innen . Durch Beratung, Anleitung, Einzel- und Gruppenangebote werden sie dabei unterstützt, neue Handlungskompetenzen zu erwerben und so begleitet, dass eine eigenverantwortliche Lebensführung in eigenem Wohnraum oder anderen passenden Wohnformen möglich wird. Projektleiter Ansgar Schmitjans spricht im Interview über die sozialen Realitäten der Klientinnen und Klienten, aktuelle Entwicklungen bei der Wohnungslosigkeit und darüber, wie die Einrichtung selbst fast obdachlos geworden wäre.

Ihr habt euer Projekt nach dem sprichwörtlichen „letzten Strohhalm“ benannt, nach dem man in der Not greift. Wie passt das zu eurer Arbeit?

Ansgar Schmitjans: Als unser Haus 1996 gegründet worden ist, kam der Name auf. Hintergrund ist unsere Arbeit mit wohnungslosen und süchtigen Menschen, und der Gedanke war und ist: Die Leute müssen von der Straße, damit man die häufig vielfältigen Probleme überhaupt angehen kann. Nur durch die Absicherung der Wohnsituation und einer existentiellen Grundversorgung ist es möglich, andere Problemlagen nachhaltig zu bearbeiten. Dies kann etwa Sucht sein, eine psychische Erkrankung oder – leider häufig – die Kombination aus beidem. Damals wurden noch mehr Leute direkt von der Straße geholt, die Streetworker haben also tatsächlich einen letzten Strohhalm hingehalten, damit Menschen von der Straße wegkommen konnten.

Wie sieht es gegenwärtig bei euch aus? An wen richten sich eure Angebote, wer wohnt gerade bei euch?

Wir haben insgesamt 61 Plätze und unsere Klientinnen und Klienten sind vom Alter her ein Abbild der Altersstruktur unserer Gesellschaft, zumindest der Volljährigen. Wir nehmen Männer und Frauen ab 18 Jahren auf. Früher haben auch Kinder bei uns gelebt, aber für Familien können wir keine passenden Räume mehr anbieten. Eine Altersobergrenze gibt es nicht. Der älteste Bewohner war ein ehemaliger Zahnarzt, der war 87, aber körperlich topfit. Unser derzeit ältester Bewohner ist 71. Unsere Bewohner:innen sind teilweise suchtbelastet, viele aber auch ohne Suchtmittelhintergrund. Als Besonderheit bieten wir eine Etage für abstinent lebende Menschen an. Hier muss mehrmals täglich ein Abstinenznachweis in Form einer Atemalkoholkontrolle erbracht werden und unregelmäßig

finden Urinkontrollen auf weitere Drogen statt. Insgesamt muss man festhalten, dass sich unsere Klientel sehr gewandelt hat. Es gibt eine deutliche Zunahme von Personen mit psychischen Erkrankungen und gleichzeitig sind immer mehr Menschen aus der Mitte der Gesellschaft betroffen.

Wie kommen die Leute zu euch? Klopfen sie mit ihren Habseligkeiten an und fragen nach einem Platz?

Das kommt tatsächlich nicht so selten vor. Wir sind durch Mundpropaganda bekannt, außerdem gibt es im Haus den offenen Treffpunkt, wo es Beratung gibt, wo man essen und duschen kann. Dort schlagen manchmal Leute auf, die dann an uns weitervermittelt werden. Grundsätzlich ist es aber so, dass jeder, der in Berlin obdachlos ist, nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz einen Rechtsanspruch auf Unterbringung hat. Das heißt, dass die Leute von den sozialen Wohnhilfen der Bezirke auf die Einrichtungen berlinweit verteilt werden.

Welche Hintergründe und Lebensgeschichten bringen eure Bewohner:innen denn in der Regel mit? Gibt es Entwicklungen zu beobachten, warum Menschen wohnungslos werden?

Die Hintergründe sind relativ vielfältig. Früher war der Anlass meist die klassische Zwangsräumung aufgrund von Mietschulden. Häufig ein Suchtverhalten mit einer Verweigerung gegenüber den Realitäten, so dass etwa die Post einfach nicht geöffnet wird. Da wurde man morgens geräumt und war am frühen Nachmittag bei uns. Das ist mittlerweile aber eher selten. Viele Personen kommen aus anderen Einrichtungen, sind dort vielleicht rausgeflogen oder fühlen sich nicht wohl. Aber auch Geflüchtete, Haftentlassene und Menschen aus dem Krankenhaus mit vorheriger Obdachlosigkeit sind nicht selten. Oft sind auch persönliche Krisen die Ursache. Beziehungen gehen in die Brüche, dann wohnt der- oder diejenige noch ein paar Wochen bei Freunden, bis es denen dann zu viel wird. Oft sind es auch schwere Schicksalsschläge, nach denen Personen abdriften. Das gibt es häufiger – Personen, die ein halbes Jahr lang nicht richtig funktionieren und in dieser Zeit erst den Job und dann die Wohnung verlieren. Das kann sehr schnell gehen, wenn der Kopf aufgrund psychischer Ausnahmesituationen für eine gewisse Zeit nicht mehr richtig arbeitet und elementare Dinge vernachlässigt werden. Wir haben aber auch Bewohner:innen, die Voll- oder Teilzeit arbeiten, beim Wachdienst etwa, auf dem Bau oder auch bei Tesla. Das sind Menschen, die ihr Abitur gemacht oder auch eine Lehre beendet haben. Die finden in der gegenwärtigen Wohnraumsituation einfach keine eigene Bleibe. Sie zahlen bei uns selber das Geld für die Unterkunft und das ist nicht wenig, aber anders geht es für sie nicht. Den Wohnraummangel spüren wir hier in seiner härtesten Form.

Wie lange bleiben die Menschen denn bei euch in der Einrichtung?

Die Verweildauer ist ganz unterschiedlich, von einem Tag bis unendlich. Im Vergleich zu früher ist die Verweildauer deutlich länger geworden, aufgrund des schwierigen Wohnungsmarktes. Es kommt auch auf die Verfassung an: Bei manchen Klientinnen und Klienten geht es wirklich „nur" darum, eine Wohnung zu finden. Dann gibt es Leute, bei denen die Sucht im Vordergrund steht. Da schauen wir dann, ob die Person motiviert ist, etwas zu ändern, an der Abstinenz zu arbeiten und vielleicht sogar eine Langzeittherapie beginnen kann. Wir agieren hier auch immer wieder als eine Art Clearingstelle und versuchen weiterzuvermitteln, in passende Einrichtungen bis hin zum Pflegeheim.

Professionelle Unterstützung ist bei euch also mehr als ein Dach überm Kopf und etwas zu essen?

Wir sind mit fünf Vollzeitkräften in Bezug auf die Zahl der Klientinnen und Klienten ein relativ großes Team von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern. Das ist im Vergleich zu anderen Einrichtungen ein sehr guter Betreuungsschlüssel. Wir können uns intensiv mit den Menschen beschäftigen. Für die meisten ist es ein Schock, ohne geschützten Wohnraum zu sein. Wir lassen die Leute erstmal in Ruhe ankommen und schauen dann, welche Problemlagen vorliegen. Manche benötigen akute Soforthilfe, müssen erstmal duschen, neue Kleidung und Essen bekommen. Andere sind total fit, die brauchen wenig Unterstützung. Manche brauchen Hilfe bei Anträgen oder der Beschaffung von Papieren, beim Bürgergeld oder der Rente. Es gibt viele, die den Übergang in die Rente nicht richtig organisieren konnten und dann von einem auf den anderen Tag ohne Geld dastanden. Die haben dann vom Flaschensammeln gelebt, bis die Wohnung gekündigt wurde und sind anschließend hier gelandet.



Ansgar Schmitjans (r.) im Gespräch mit Bewohnern des „Haus Strohhalm".

Über die Folgen der Wohnungsnot für die Menschen haben wir schon gesprochen. Ihr selbst wart vor einigen Jahren betroffen und habt euer Haus verloren. Wie lief das ab?

Unser Haus in der Wilhelminenhofstraße wurde 2019 von einem Investor gekauft, der uns zum Ende 2020 gekündigt hat. Seitdem steht das Gebäude übrigens leer. Dann haben wir uns auf die Suche gemacht nach etwas Neuem. Aber ein ganzes Haus für unser Klientel zu mieten ist in der derzeitigen Lage fast unmöglich. Ich hatte schon nicht mehr daran geglaubt, dass es weitergehen kann. Dann hat der Bezirk Treptow-Köpenick eine Lösung für uns gefunden. Unser jetziges Haus entstand als Auflage im Zuge der Entwicklung eines Areals. Der Bezirk hat die Bedingung gestellt, dass auch ein soziales Projekt Platz finden muss. Ohne die Hilfe des Bezirks würde es uns sicher nicht mehr geben. Auch die Buwog als Bauträgerin und unsere heutige Vermieterin Vonovia haben uns sehr dabei unterstützt, unser neues Haus zu beziehen.

Im Bezirk Treptow-Köpenick bieten wir im Treffpunkt Strohhalm zudem niedrigschwellige Sozialberatung an, außerdem Angebote für Frauen in den Frauenprojekten und der Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen.

Angebote in Treptow-Köpenick

Treffpunkt Strohhalm
Frauenprojekte Treptow-Köpenick
Frauenberatung Treptow-Köpenick
BEW Treptow-Köpenick für suchtbelastete Frauen

Stiftungszweck

Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«

Die Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«, trägt als gemeinnützige Stiftung zu einer Gesellschaft bei, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Dabei betrachtet die Stiftung SPI soziale Arbeit als Hilfe zur Selbsthilfe und orientiert sich zuerst an den Lebenswelten betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Als Institut für innovative soziale Arbeit wirkt sie operativ als Trägerin sozialer Angebote, die von der (Schul-)Sozialarbeit über Kinder- und Jugendarbeit sowie Projekte demokratischer Entwicklung und Beteiligung bis hin zu Angeboten der Suchtberatung und Prävention reichen. Die Fachschulen der Stiftung SPI stehen für eine praxisnahe Ausbildung in gesellschaftlich zentralen Berufsfeldern. Auf Bundes- und Landesebene gestaltet die Stiftung SPI innovative, ganzheitliche Lösungen an der Schnittstelle zwischen (Förder-)Politik und Praxis.

Die Stiftung SPI wurde 1981 vom Landesverband Berlin der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Sie verfolgt die Ziele der Arbeiterwohlfahrt und tritt für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft sowie einen demokratischen Sozialstaat ein.

Rechtsfähigkeit

Die Stiftung SPI ist eine gemeinnützige operative Stiftung und Träger eigener Praxis nach Maßgabe des Stiftungszwecks. Als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Berlin unterliegt sie nach dem Berliner Stiftungsgesetz der Staatsaufsicht Berlins, die von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz geführt wird.

Gemeinnützigkeit

Förderung der Zwecke der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Mitgliedsunternehmen) im Sinne der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2, Einkommenssteuer-Durchführungsverordnung Abschnitt A, Nr. 6

Die Stiftung SPI erhält weder vom Stifter noch von anderer öffentlicher oder privater Seite eine institutionelle Förderung. Alle Aufwendungen der Stiftung müssen aus den Erträgen (Aufwendungsersatz, Zuwendungen, Honorar- und Leistungsvereinbarungen sowie Spenden) gedeckt werden.

Gremien und Leitung

Stifter

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. Landesvorstand

Aufgaben:
- Bestellung der Kuratoriumsmitglieder für die Dauer seiner Amtszeit
- Aufhebung der Stiftung
- Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung
- Zustimmung und Änderung des Stiftungszwecks

Kuratorium

Aufgaben u. a.:
- Wahl und Abberufung des Vorstandes
- Kontrolle und Entlastung des Vorstandes nach Prüfung der Jahresrechnung
- Satzungsänderungen sowie Aufhebung der Stiftung oder ihre Zusammenlegung mit anderen Stiftungen

Vorsitzende: Ülker Radziwill
Stellvertretender Vorsitzender: Christian Meyerdierks
Mitglieder: Tilman Adolph, Oliver Bürgel, Monika Helbig, Jann Jakobs, Nora Kizilhan, Claudia Mandrysch, Manfred Nowak, Rainer Rheinsberg

Vorstand

Der Vorstand verwaltet die Stiftung nach Maßgabe der Satzung in eigener Verantwortung. Die/der Vorsitzende oder ihre/seine Vertreter/in vertreten die Stiftung gerichtlich oder außergerichtlich.

Vorsitzende: Annette Berg
Stellvertretende Vorsitzende: Wiebke Them, Christoph Schwamborn

Beirat

Der fachliche Beirat berät und begleitet den Vorstand in organisatorischen, fachlichen und finanziellen Fragen.

Mitglieder: Gisela von der Aue, Martina Castello, Janina Deininger, Prof. Dr. Lars Distelhorst, Gerda Holz, Daniela Schneckenburger, Suat Yilmaz

Leitung

Direktorin: Annette Berg
Kaufmännischer Leiter: Jürgen Michel
Kommunikation: Tilman Günther
Qualitätsmanagement: Katrin Kordecky
Organisationsentwicklung: Betul Yilmaz

Partnerschaften

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Arbeiterwohlfahrt, Nationale Armutskonferenz
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.
- Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) Frankfurt/Main
- Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH (ISKA)
- Ständige Konferenz von Ausbildungsstätten für Heilpädagogik in der BRD
- Gemeinschaftsprojekte mit anderen freien Trägern der Jugend-, Sozial- und Wohlfahrtspflege, sofern sie nicht einzelnen Geschäftsbereichen/-feldern zugeordnet sind

Mitgliedschaften

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V. (AGJ)
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.
- Arbeitskreis Ausbildungsstätten für Altenpflege (AAA)
- Berliner Verbund der Pflegeschulen – Pflegeschulbund Berlin e. V.
- Bundes- und Fachverband Heilpädagogik e. V.
- Deutsches Kinderhilfswerk e. V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI)
- Fachverband Arbeiterwohlfahrt International e. V.
- Fachverband Betreutes Jugendwohnen e. V.
- Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.
- Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“
- Zukunftsforum Familie e. V.

Publikationen der Stiftung SPI

Regelmäßig veröffentlichen die Geschäfts-bereiche und Projekte der Stiftung SPI Fachartikel, Dokumentationen und Ergebnisberichte aus der praktischen Arbeit. Die teilweise mit Partnerinnen und Partnern veröffentlichten Publikationen aus dem Berichtszeitraum stellen wir hier in Reihenfolge ihres Erscheinens vor. Sie können auf der Website heruntergeladen werden:

Registerstelle zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf (2024): Jahresbericht 2023. Hg. Stiftung SPI; Berlin

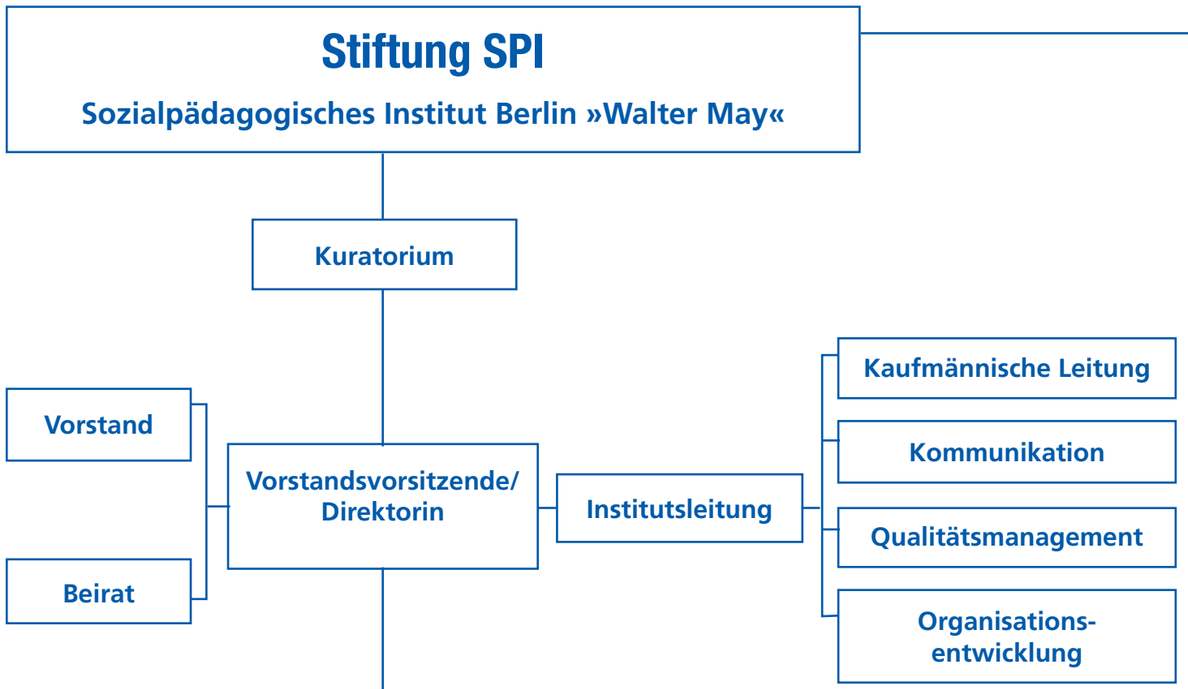
Servicestelle Kommunales Konfliktmanagement (2024): Gemeinsam Demokratie gestalten. Einblicke in die Praxis des Kommunalen Konfliktmanagements. Hg. Stiftung SPI; Berlin

Lea Freudenberg; Frank Gesemann (2024): Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ in Kommunen. Hg. Stiftung SPI; Berlin

Lämmel, Manja; Pohle, Katarina; Rosentritt, Cayan (2024): Arbeitshilfe Kinderschutz. Hg. Stiftung SPI, ASAP! Schule als sicherer Ort für alle et. al.; Berlin

Chahed, Haroun; Damba, Astou; Gerlach, Eva; Kölling, Anna; Morfeld, Caroline; Susen, Ann-Sofie (2024): Leitbilder für Vielfalt, Beteiligung und Antidiskriminierung. Hg. Stiftung SPI, Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung, Berlin

Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ (2023): Jahresbericht 2022 zum Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Hg. Stiftung SPI; Berlin



Gesellschaften

SPI A&Q gGmbH, SPI Ausbildung & Qualifzierung Berlin-Brandenburg gGmbH

Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung, der Volks- und Berufsausbildung sowie Förderung von Kunst und Kultur.
Alleingesellschafter: Stiftung SPI
Geschäftsführung: Jenny Behnke-Oetjeng, Wiebke Them

Berliner Straße 54, 03046 Cottbus
Telefon: 0355 387 27 80
E-Mail: brandenburg@spi-aundq.de
www.spi-aundq.de

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH, Treuhänder Berlins

Wohn- und Gewerberaumvermittlung/Verwaltung für benachteiligte Mieter und soziale Einrichtungen, soziale Projekte im Bereich der Beseitigung von Wohnungslosigkeit
Gesellschafter: 60 % Stiftung SPI, 40 % AWO Landesverband Berlin e. V.
Geschäftsführung: Philipp Strohm
Aufsichtsrat – Vorsitzende: Annette Berg, Kirsten Flesch, Nora Kizilhan, Jürgen Michel, Rainer Rheinsberg

Prinzenallee 74, 13357 Berlin
Telefon: 030 493 06 30
E-Mail: info@gseggmbh.com
www.gseggmbh.de

CFB, Centre Français de Berlin gGmbH

Deutsch-französisches Jugend- und Kulturzentrum, Schüleraustauschprogramm, Beratung für Praktika im Ausland, Tandem Berlin–Paris, Tagungen, Seminarbetrieb, Theater- und Veranstaltungssaal
Gesellschafter: 50 % Centre d'Echanges Internationaux (C/E/I), 50 % Stiftung SPI
Geschäftsführung: Florian Fangmann

Müllerstraße 74, 13349 Berlin
Telefon: 030 12 08 60 30
E-Mail: info@centre-francais.de
www.centre-francais.de

ISKA, Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH (Nürnberg)

Beratung, Forschung, Planung, Fortbildung in sozialen, kulturellen und pädagogischen Bereichen; Entwicklung von sozio-ökonomischen und ökologischen Projekten
Gesellschafter: Stiftung SPI mit vier Gesellschaftern zu gleichen Teilen
Geschäftsführung: Julia Schimmer, Michael Weinhold

Gostenhofer Hauptstraße 61,
90443 Nürnberg
Telefon: 0911 272998-0
E-Mail: post@iska-nuernberg.de
www.iska-nuernberg.de

Geschäftsbereiche

Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Leitung: Martina Knebel (bis 31.07.2024)
Martin Edgar Rieger (ab 01.08.2024)
Stellvertretende Leitung: Martin Edgar Rieger (bis 31.07.2024), Florian Schuhwerk (bis 01.05.2024); Nina Kleint (ab 01.08.2024)

Hallesches Ufer 32 – 38, 10963 Berlin
Telefon: 030 25 93 73 90
E-Mail: fachschulen@stiftung-spi.de

Am Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung bündelt sich die Kompetenz für Bildung und berufliche Bildung der Stiftung SPI. Das Fundament bilden die Pflegeschule, die Fachschule für Sozialpädagogik und die Fachschule für Heilpädagogik. Vielfältige Weiterbildungsangebote für Fachkräfte des Sozial- und Gesundheitswesens, die mit der staatlichen Anerkennung oder anerkannten Zertifikaten abschließen, komplettieren das Angebotsspektrum.

Gesundheit, Wohnen & Beschäftigung

Leitung: Wiebke Them
Stellvertretende Leitung: Jan Czyborra

Belforter Straße 20, 10405 Berlin
Telefon: 030 55 68 04 20
E-Mail: gesundheit@gwb.stiftung-spi.de

Der Geschäftsbereich Gesundheit, Wohnen & Beschäftigung der Stiftung SPI ist ein Praxisträger sozialer Arbeit in Berlin. Seit über zwanzig Jahren konzentriert er sich auf den Ausbau von gemeindenahen, integrativen und vernetzten Suchthilfesystemen. Seine Sucht- und Wohnprojekte sind bezirklich organisiert und richten sich an junge Menschen und Erwachsene in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Reinickendorf.

Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Leitung: Aliye Stracke-Gönül
Stellvertretende Leitung: Kerstin Richter

Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C, 10247 Berlin
Telefon: 030 49 30 01 10
E-Mail: lebenslagen@stiftung-spi.de

Der Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung vereint vielfältige Projekte, von praktischer individueller Sozialarbeit über die Vernetzung gewachsener Systeme bis zu zukunftsfähiger und nachhaltiger Stadtentwicklung. Unterstützungsangebote sollen stets die Gesamtheit des Problems erfassen, denn die meisten Themen zeichnen sich durch vielschichtige Ursachen und Wirkungen aus. Aus dieser Betrachtungseise werden neue Projektkonstellationen und fachliche Ansätze abgeleitet, die sich in unterschiedlichen Projekttypen widerspiegeln.

Strategien sozialer Integration

Leitung: Christoph Schwamborn
Stellvertretende Leitung: Dr. Sarah Meier

Seestraße 67, 13347 Berlin
Telefon: 030 39 06 34 60
E-Mail: soziale.integration@stiftung-spi.de

Mit dem Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration unterstützt die Stiftung SPI Bundes- und Landesministerien bei der Entwicklung und Umsetzung von Förderprogrammen. Die hierfür eingerichteten Programmagenturen und Servicestellen sichern die zielgerichtete und effiziente Programmumsetzung und tragen so zur nachhaltigen Ergebnissicherung und konzeptionellen Weiterentwicklung bei. Die Förderprogramme nehmen entsprechend der Stiftungszwecke die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, die Unterstützung beim Erwerb von Zukunftskompetenzen und die Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement in den Blick.

Niederlassung Brandenburg

Leitung: Jenny Behnke-Oetjeng
Stellvertretende Leitung: Andreas von Essen, Frank Fiedler (bis 26.08.2024), Sebastian Müller (ab 01.10.2024)

Franz-Mehring-Straße 20, 15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 387 27 80
E-Mail: brandenburg@stiftung-spi.de

Die Niederlassung Brandenburg beteiligt sich an der landesweiten Entwicklung von Modellen sozialer Arbeit und setzt diese als Träger eigener sozialer Praxis in Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg um. Soziale Arbeit ist für den Geschäftsbereich vor allem die Koproduktion vieler Akteure, die gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Familien deren Perspektiven entwickeln. An den verschiedenen Standorten findet Jugendfreizeit- und Jugendkulturarbeit statt und für Menschen in besonderen Lebenslagen werden bedarfsorientierte Hilfen angeboten. Hinzu kommt die verantwortliche Umsetzung landesweiter Projekte inklusive wissenschaftlicher Begleitung, Evaluation und Koordinierung verschiedener Programmbeteiligter.

Stiftung SPI
Sozialpädagogisches
Institut Berlin »Walter May«

